APRIL '88
DM 2,-

NEUES SCHANZENLEBEN

Flora

Täglich: Ein Neubau mit Hindernissen.

TERMINE KULTUR TERMINE KULTUR

Wohnprojekt Grasweg.

10 JAHRE EINSAMKEIT
Haut die Spekulanten breit

Veranstaltung Info's
Mucke
Kulturprogramm

08. April Goldbek-Haus 20.°° Uhr

DUCKENFELD
IM OELKERSCAFE
Oelkersallee 64 · 2000 Hamburg 50

01.04.-05.04.88 jew. 21°° Uhr	Heimat ,süße Heimat CSSR 1985 Regie: J.Menzel Farbe , 103 Min.
09.04.-11.04.88 jew. 21.°° Uhr	Novemberkatzen BRD 1985 Regie S.Koeppe, V.Tittel nach dem Kinderbuch von Miriam Pressler
16.04.-18.04.88	Daheim sterben die Leut BRD 1985 Regie: L.Hiemer K.Gietinger
23.04-25.04.88 jew. 21.°° Uhr	Que Viva Mexiko USA 1932 Regie:S.Eisenstein M.Seton,S/W

LITERATURLABOR

PROGRAMM APRIL 1988

07. - 29. Mo-Do 14-18 Uhr, Fr 14-16 Uhr
Ausstellung
DIE RANDOMISIERMASCHINE
- Zeichnungen von Ralf Zeigermann
Der Hamburger Zeichner und Cartoonist präsentiert Originalzeichnungen aus seinem neuen Buch (GRENO-Verlag) zum Thema Zufallsmuster und anderen waghalsigen Erfindungen.

06. Mittwoch 15-17 Uhr DM 5,-/Mitgl. frei
SCHREIBSPRECHSTUNDE
Jede/r kann eigene Texte zur Lektorierung vorlegen.

07. Donnerstag 20 Uhr DM 3,-
DASS ER NICHT AUF DEM KOPF GEHEN KONNTE
Jan Groh, Dieter v. Henko und Sven Neuwerk lesen eigene Texte.

Ab 11. Montag 19 Uhr
EINFÜHRUNGSKURS: LITERARISCHE TECHNIKEN DES 20. JAHRHUNDERTS
Zum dritten Mal bietet Vera Rosenbusch diesen Kurs an, in dem eigene Schreibübungen und die Beschäftigung mit historischen literarischen Texten miteinander verknüpft werden.
Montags 19-21.30 Uhr / 5 Termine / DM 45,- erm.35,- Mitgl. 20,-

13. Mittwoch 15-17 Uhr DM 5,-/Mitgl. frei
SCHREIBSPRECHSTUNDE
Jede/r kann eigene Texte zur Lektorierung vorlegen.

14. Donnerstag 20 Uhr DM 3,-
ZUFALLSMUSTER
Ralf Zeigermann präsentiert Zeichnungen und Texte aus dem soeben im GRENO-Verlag erschienen Buch 'Die Randomisiermaschine'. Ein Abend für Freunde und Freundinnen des feinsinnigen Humors in Wort und Bild.

20. Mittwoch 15-17 Uhr DM 5,-
SCHREIBSPRECHSTUNDE
Jede/r kann eigene Texte zur Lektorierung vorlegen.

21. Donnerstag 20 Uhr DM 3,-
NUR DA WO DU BIST DA IST NICHTS
- Yoko Tawada, die seit 1982 in Hamburg lebt, liest aus ihrem Buch (Konkursbuch Verlag Claudia Gehrke).
Eine Gemeinschaftsveranstaltung mit der Galerie Morgenland.

27. Mittwoch 15-17 Uhr DM 5,-
SCHREIBSPRECHSTUNDE
Jede/r kann Texte zur Lektorierung vorlegen.

Stadtteil-Kulturladen Margaretenkneipe
Margaretenstraße 33
2000 Hamburg 6

Ausstellung: "Menschen Plätze Häuser" Photographien in Hamburg 1987/88 von Patrick Colson
vom 01.04.88-12.05.88, tägl. 16-1Uhr

DAS PICCOLOTHEATER HAMBURG
Leitung: Gerd D. Samariter
Juliusstraße 13-15 2000 Hamburg 50 Telefon 040/43 53 48

"Die ganze Welt verkehrt" Eine heitere kabarettistische Revue
Anläßlich der IVA 88 mit Texten von E.Hachfeld , H,Scheibner , E.Kästner u.a. .

01.04.-30.04.88 Mittwoch-Sonntag jew. um 20.30 Uhr

PICCOLO CABINETT

"Jacke wie Hose" von Manfred Karge.Gastspiel mit Ursula Lillig

01.04.-10.04.88 Mittwoch-Sonntag jew. um 21.°° Uhr

DAS PICCOLOTHEATER zu Gast

im THEATRON Studiobühne
Glashüttenstr. 115, 2HH6

"Der Kontrabaß" von Patrick Süßkind,Gastspiel mit Wolfgang Hartmann Regie : Gunnar Dressler

07.04.-30.04.88 Donnerstag-Sonntag jew. um 20.°° Uhr

Impressum:
DAS NEUE SCHANZENLEBEN erscheint möglichst monatlich im Selbstverlag und unter Eigendruck; Herausgeber ist das Redaktionskollektief des NEUEN SCHANZENLEBENS.
Verantwortliche Redaktörin im Sinne des Pressegesetzes ist die Rote Flora. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt die Autorin / der Autor selbst die Verantwortung. WICHTIG: Für eingesamdte Manuskripte und Fotos sind wir zwar sehr dankbar, können aber keine Gewähr übernehmen (mögl. Rückporto beilegen).
Kontakt, Anregungen, konstruktive Kritik, Lob, Geld- und Sachspenden usw. bitte an:

Die Druckerei
Schanzenstr. 59
2000 Hamburg 6

Unsachliche Beschwerden, Reklamationen, Einstweilige Verfügungen, Schadensersatzklagen und §129a-Angelegenheiten bitte direkt an:

Axel Springer Verlag
2 Hamburg 00

Der Vertrieb dieser Zeitung erfolgt durch Handverkäufer. Interessenten melden sich!

»SCHREI NACH FREIHEIT«
EINE FILMKRITIK

Schrei nach Freiheit, da denkt man zuerst an die Freiheit der Schwarzen in Azania. Aber der Film schildert die Flucht eines Weißen. Eigentlich reicht das schon als Kritik und damit die Empfehlung, sich diesen Film nicht anzusehen. Dort wird nur versucht, mit der Unterdrückung der Schwarzen auch noch Profit zu machen.
Dazu die Kritik eines früheren Führers des Azanian Students Movement, Dr. Gomolemo Mokae (aus "Sowetan" v. 5.1.88):
"...Und nun muß man hier zu Hause mit Entsetzen das jüngste Beispiel von gedanklicher Versklavung wahrnehmen: den von Weißen produzierten, geschriebenen, editierten Streifen **Cry Freedom**.
Der Film verbindet weiße Unart mit schwarzer Tugend - Donald Woods mit Steve Biko!
Woods ist der frühere John Wayne, ein (bildhaft gesprochen) schießfreudiger Cowboy, der auszieht, um sich den Weg zum Ruhm freizuschießen und dann auf seinem weißen Pferd in den Sonnenuntergang zu reiten, hinter sich den schwarzen Stolz am Boden liegen lassend. Er ist ein eingefärbter Liberaler, der glaubt, Steve Biko als Märtyrer des schwarzen Befreiungskampfes ausstechen zu können. Die Kenner könnten Euch erzählen, daß unter Bikos Freunden zahlreiche Kollegen der SASO (South African Students Organisation) und BPC (Black Peoples Convention) waren, wie z.B. Aubrey Makoape, Muntu Myeza, Saths Cooper und Strini Moodly und der letzte Schwarze, der ihn lebend gesehen hat, Peter Cyril Jones. Trotzdem wird jetzt auf Zelluloid behauptet, daß es Donald Woods war, der als Busenfreund von Biko je in Frage kam. Das Verhältnis, das ein Genosse Bikos als "beiderseitigen Mißbrauch" bezeichnet hat, soll plötzlich tiefer gewesen sein als der Caledon River. Nun lehrt uns die Geschichte, daß Donald Woods fortfuhr, zwei Bücher über seine "Freundschaft" mit Biko zu schreiben, die die Grundlage für Cry Freedom darstellen. Peter Jones stellt fest, daß selbst die kleinste Freundschaft zwischen Biko und Woods ein gegenseitiger Mißbrauch war: Biko erhielt Zugriff auf Woods' Zeitung "Daily Despatch", während Woods als Gegenleistung etwas bekam, womit er bei seinen liberalen Freunden angeben konnte: Zugang zu dem exclusiven BC-Movement.
Aber was ist die Wahrheit? Um sie zu finden, muß man die BC-Philosophie studieren, die Biko mitbegründet hat, besonders Bikos letzten Essay über weiße Liberale: Schwarze Seelen in weißer Haut.
Biko liefert die stärkste Anklage gegen einen



„Haft und Mord werden uns nicht aufhalten": Demonstranten in Südafrika Foto: Jenny Gordon

ist mit der Behauptung, daß Schwarze Rassisten werden? Das ist ein Lieblingsthema von frustierten Liberalen, denen ihr Treuhandgebiet unter den Füßen weggeschwemmt wird. Diese selbsternannten Treuhänder schwarzer Interessen prahlen mit jahrelangen Kampfes-Erfahrungen für die 'Rechte der Schwarzen'. Sie haben alles für die Schwarzen und wegen den Schwarzen getan..."
Neben dem Versuch, ein weißes Treuhandgebiet über Schwarze abzustecken, ist Cry Freedom ein Versuch, die äußerliche weiß-schwarze Integration zu verherrlichen, die Biko bis zu seinem Tod aufs Stärkste bekämpft hat. Tatsächlich rümpfte Biko über alle jene unter seinen Leuten die Nase, die sich in solch ein Verhältnis einfangen ließen: "In solch einer Verbindung kann man das perfekte Beispiel dafür sehen, was Unterdrückung den Schwarzen zugefügt hat: Sie wurden so lange daran gewöhnt, sich als minderwertig zu begreifen, daß sie sich wohl dabei fühlen, Tee, Wein oder Bier mit Weißen zu trinken, die sie scheinbar als Gleiche behandeln. Es dient dazu, ihr eigenes Ego aufzublasen und sich leicht überlegen zu fühlen gegenüber den Schwarzen, die von den Weißen nicht so behandelt werden. Diese Schwarzen stellen eine Gefahr für die Gemeinschaft dar."
Die Arroganz und der Paternalismus von Woods symbolisieren die Rolle der weißen Liberalen im schwarzen Befreiungskampf, sie wollen die schwarze Antwort auf die weiße Unterdrückung schwächen und kontrollieren. Dabei macht es Ihnen nichts aus, das Image echter schwarzer Führer nach ihrem Tod zu verzerren. Aber Pech für sie: die Wahrheit, die solche schwarzen Führer ans Licht gebracht haben, ist nicht mit ihnen begraben worden, sondern sie ist wie ein Maulwurf."
Für Menschen, die mehr darüber wissen wollen, ein Lesetip: Steve Biko, "Ich schreibe, was mir paßt" (Oberbaumverlag, DM 19,80)



neues hotel im stadtteil



zur Umnutzung des MONTBLANC-HAUSES

Seit mehreren Monaten existiert bei uns im Viertel das Gerücht, daß im demnächst (1989) freiwerdenden Montblanc-Gebäude (Schanzenstr./ Bartelsstr.) u.a. ein Hotel-Projekt mit hinein soll, von dem eigentlich kein Mensch richtig etwas wußte. Es gab eine obskure "Hotel-Gruppe", das Wort "Jugend-Hotel" machte die Runde und das war's dann auch schon. Zwei Menschen aus eben dieser Hotel-Gruppe haben sich (endlich) 'mal hingesetzt, um ein wenig Klarheit in die Gerüchte zu bringen, und mensch wird sehen, interessante Zusammenhänge tun sich auf.

"Wir sind 8 Leute und haben uns in den letzten zwei Jahren mehr oder weniger zufällig zusammengefunden. Wir haben alle die gleiche fixe Idee im Kopf, ein Hotel aufzumachen. Im Winter '86 sind wir zum ersten Mal auf den Gedanken gekommen, das Montblanc-Gebäude ins Auge zu fassen.

Das Haus ist gut erhalten, es liegt nahe am Sternschanzenbahnhof - es liegt im Schanzenviertel, wo wir gern arbeiten würden. Aber: es ist riesig, und es ist teuer. Und so ist die vage Vorstellung entstanden, das Ganze zu kaufen oder zu pachten und es für verschiedene kleine Gewerbe, Läden, Wohnungen und das Hotel zu nutzen.

Als erstes versuchten wir, im Schanzenviertel nachzuhaken, ob dort Projekte Bedarf nach Fläche haben. So Haben wir im Sommer '87 ein Treffen mit einzelnen Leuten aus dem Stadtteil vereinbart. Das Treffen hat wenig gebracht. Die Gerüchteküche im Viertel hatte aufgekocht und wußte teilweise mehr über das Hotel als wir selber in der Gruppe. Selbst die DKP hatte sich auf uns eingeschossen und wußte in einem Flugblatt zu berichten: aus einem Hotel wird in kurzer Zeit ein Bordell!

"Hotel" hat einen schlechten Beigeschmack, hat auf jeden Fall mit viel Geld zu tun, und es bestand die Befürchtung, es könnten dadurch die falschen Leute ins Viertel gelockt werden.

Es gab also keine Projekte oder Gruppen, die Interesse gezeigt hätten, mit uns zusammen eine Nutzungsidee zu entwickeln. Zu einem zweiten vereinbarten Treffen ist niemand erschienen. Wir waren enttäuscht.

Etwa zur gleichen Zeit bekamen wir mehr oder weniger zufällig ein Papier zu lesen: ein Nutzungskonzept der Lawaetz-Stiftung zum Gebäudekomplex Montblanc, entwickelt von Peter Jorzick. Das Papier sollte angeblich nicht mehr aktuell sein und die Lawaetz-Stiftung als Käufer, Pächter oder Verwalter des Gebäudes schon lange nicht mehr in Frage kommen. Schon damals hat es einige Mitglieder unserer Gruppe verwundert, daß auch in diesem Konzept ein sogenanntes Jugendhotel vorgesehen war.

Inzwischen ist fast ein Jahr vergangen. Unsere Hotel-Idee hat sich konkretisiert: Wir wollen selbstverwaltet arbeiten. Wir wollen 10 bis 12 Leute werden. Der Begriff "Jugendhotel" ist sicherlich zu eng gefaßt, der Begriff "alternatives Hotel" ist zu verschwommen und zu abgenutzt. Das Hotel soll 100 Betten haben, ein Teil davon soll für Gruppenreisen zur Verfügung stehen. Außerdem möchten wir einen gastronomischen Betrieb anschließen, eine Mischung aus Café, Kneipe und Restaurant, wo es z.B. Frühstück geben soll, Mittagstisch, Kuchen und Bier. Sicher wird es keine Volxküche, aber es wird sicher auch kein 'Leopold'. Dann gibt es noch die Idee von einem kleinen Programmkino.

Zum Hotel soll auch ein Tagungsbereich gehören, über dessen Größe wir noch nachdenken. Auf jeden Fall wollen wir versuchen, im Rahmen dieses Tagungsbereichs einen Raum zu schaffen, der als Veranstaltungsraum mitbenutzt werden könnte und der im Moment im Schanzenviertel so fehlt.

Während wir uns noch über Finanzierungsmöglichkeiten des Hotels die Köpfe zerbrachen, kam ziemlich überraschend die Horrormeldung vom Friedrich-Kurz-Palast in der Flora, ebenso vom Wasserturm und von der Rinderschlachthalle. Im gleichen Atemzug wurde über eine mögliche neue Nutzung des Montblanc-Gebäudes geredet, und uns wurde unbehaglich. Das ist einer der Gründe, warum wir jetzt im "Neuen Schanzenleben" etwas veröffentlichen, obwohl wir noch lange nicht davon ausgehen können, daß wir wirklich jemals in das Gebäude 'reinkommen werden. Der andere wesentliche Grund ist eine völlig neue Information. Anfang März hatten wir ein Gespräch mit Peter Jorzick, und seitdem ist klar, daß wir uns etliche Gedanken umsonst gemacht haben.

Die Situation im Moment sieht folgendermaßen aus: es gibt offensichtlich mehrere Bewerber bei der Stadt. Die Stadt selber ist natürlich daran interessiert, das Gebäude für einen guten Preis loszuwerden und dabei möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein Bewerber unter mehreren anderen Unbekannten ist Peter Jorzick, nicht als Vertreter der Lawaetz-Stiftung, sondern als Privatmann. Er verhandelt für niemand außer für sich selber und seine Nutzungsidee des Gebäudes, die wohl in etwa dem alten Papier der Lawaetz-Stiftung entspricht.

Sollte es so kommen, daß er das Gebäude von der Stadt zugesprochen bekommt, wird er auf irgendeine Art und Weise mit irgendwelchen Leuten eine Finanzierung auf die Beine stellen. Und er wird dann an Gruppen herantreten, von denen er meint, daß sie Interesse an dem Gebäude hätten und die für ihre eigene Idee eine vernünftige Finanzierung aufstellen können.

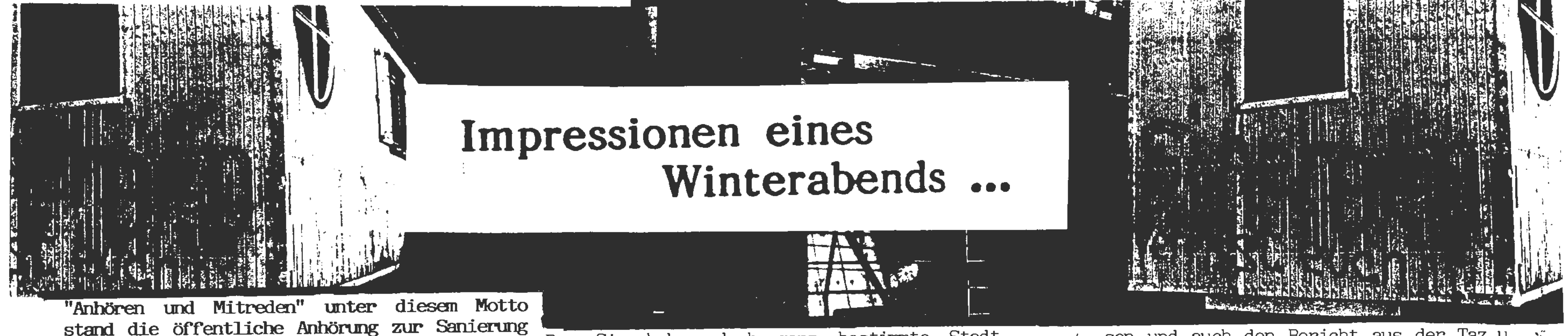
Für uns ist seitdem klar:
1. Wir werden keinen Einfluß haben auf die Zusammensetzung der Projekte oder Betriebe im Gebäude.
2. Wir werden uns nicht bei der Stadt bewerben müssen, sondern bei Peter Jorzick und seiner Crew.

In der Hotelgruppe reden wir jetzt weiter über diese Situation.
Alles, was an Gedanken über diese für uns neue Informationen hinaus geht, sind im Moment noch Spekulationen."

Hinzuzufügen sind noch ein paar Kleinigkeiten: Das angesprochene Nutzungskonzept der Lawaetz-Stiftung wurde schon im Februar 87 geschrieben und vor geraumer Zeit von der Finanzbehörde schon abgelehnt. Doch Peter Jorzick läßt nicht locker und er wäre auch bereit, sich das Montblanc-Gebäude mit einem anderen interessierten Bewerber zu teilen. Ob das nun die taz ist, die sich in ihren Räumen allmählich etwas beengt fühlt, oder jemand anderes ist nicht klar. Ein weiterer Bewerber soll die Wissenschaftsbehörde sein, die für den Zweig "Künstliche Intelligenz" noch Räume sucht.

Zur Lawaetz-Stiftung sei noch einmal erwähnt, daß sie vom Hamburger Senat u.a. als staatsnäherer Sanierungsträger zu Stattbau gegründet wurde. Der Zweite Schwerpunkt neben der "Stadterneuerung" ist die "alternative Betriebsgründung". Im Vorstand ist neben der Baubehörde u.a. die Behörde für Jugend, Arbeit und Soziales vertreten. Geschäftsführer der Lawaetz-Sftung ist Peter Jorzick, der sich zuvor u.a. einen Namen mit dem Werkhof Ottensen machte. Inzwischen ist es fast schon so, daß mensch bei allen größeren möglichen Projekten entweder auf die Lawaetz-Stiftung (wie z.B. bei der Rinderschlachthalle im Karo-Viertel) oder auf Peter Jorzick himself (wie bei Montblanc) trifft. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Frage, wie sich die Lawaetz-Gründung auf die Arbeit von Stattbau auswirkt. Wird Stattbau bei größeren Projekten ausgeschaltet und die Lawaetz-Stiftung vorgezogen? Ändert sich die Politik von Stattbau daraufhin? Einige Fragen, die im Zusammenhang mit möglichen Projekten nicht vergessen werden sollten.

Die Tage werden länger
die Haare weniger
trotzdem zum Geburtstag
alles Gute
von den Schanzlern
(Schnörg)



Impressionen eines Winterabends ...

"Anhören und Mitreden" unter diesem Motto stand die öffentliche Anhörung zur Sanierung am 18.3. im Helmut-Hübener-Haus. Der Sanierungsausschuß bestehend aus Vertretern der zuständigen Behörden vom Bezirk Mitte traf auf ca. 200 Bewohner des Schanzenviertels. Draussen war es kalt, aber drinnen wurde hitzig über Sinn und Zweck der Sanierung geredet.

Fazit nach 3,5 Stunden: Die Anhörung ist eine Farce, weil die betroffenen Bewohner zwar mal ihre Meinung sagen dürfen, ansonsten aber nichts zu bestimmen haben. Ein Großteil der Anwesenden schätzt die Sanierung als geplante Umstrukturierung auf Kosten des "cityuntypischen" Bewohners ein. Wir wollen hier einmal nicht unsere Zusammenfassung des Abends bringen, sondern ein paar mitgeschnittene Passagen direkt wiedergeben.

San. = Sanierungsausschuß / Bew. = Bewohner
ZWR. = Zwischenrufe,-Fragen

In der ersten halben Stunde stellte die Sanierer ihre Faltbroschüre vor, dann ging es los:

Bew.: Ich würde gerne erst einmal wissen inwieweit Das Gebiet Lerchenstr. Ecke Stresemannstr. mit zum Sanierungsgebiet gehört. Meines Wissens nämlich nicht. Stimmt das?

San.: Da haben Sie Recht.

Bew.: Dann würde ich den Einsatzführer, äh, Führer nennen Sie sich ja nicht, sondern den Einsatzleiter der Polizei ganz gerne fragen, warum der heute da ist? (Pfiffe, Unmutsäußerungen, was hat der hier zu suchen) Ich vermute mal, daß der nicht der Einzige Spitzel hier heute Abend ist. Der hat bestimmt auch kein privates Interesse hier zu sein, sondern ein dienstliches. Ich denke, das ist bezeichnend für die Situation im Schanzenviertel und überhaupt hier in Hamburg, daß nämlich Bürger hier nicht mehr ohne weiteres über bestimmte Dinge reden können, sondern daß hier ständig beobachtet und bespitzelt wird. Und wer mal aufmerksam durchs Viertel geht, der sieht dort täglich Zivilpolizisten und massiv Streifenpolizisten rumfahren, also ohne das da was los ist (...)

Bew.: Also dann hab ich inhaltliche Fragen.

San.: Ja, bitte

ZWR.: Wo bleiben denn die Konsequenzen bei sowas. Wir leben doch hier angeblich in einer Demokratie.

ZWR.: Verjagen müßte man den.

San.: Also meine Damen und Herren, jeder kann hier das Wort ergreifen, hat seinen freien Redebeitrag, das is ne Öffentliche Veranstaltung, jeder hat hier das Recht zu erscheinen. So das wär's und nun stellen Sie mal bitte ihre Frage.

(Unruhe, alle reden)

San.: Entschuldigen Sie mal, könnte Sie nicht sich vielleicht mal später zu Wort melden, man kann ja garnicht verstehen, was da hinten gefragt wird. Also der Herr da hinten jetzt bitte.

Bew.: Also ich möchte das auch bewerten, was Sie gesagt haben, weil, wenn gesagt wird Sanierung findet statt, weil hier die bauliche Substanz so schlecht ist, dann muß man sich doch auch mal überlegen, warum das so ist. Es ist rechtliche Grundlage, daß ein Teil der Miete, die jeder von uns abdrücken muß dafür vorgesehen ist, daß der Eigentümer dieses Geld dazu benutzt, die Wohnungen auf einem ganz bestimmten Niveau zu halten und regelmäßig instandzusetzen.

Bew.: Ich hab der SAGA vor 2 Jahren den Hinweis gegeben, daß sie meine Fenster dicht machen müssen.

(Unruhe, viele reden)

San.: Ich meine, es hat ja nun wenig Sinn und Zweck, wenn sie alle durcheinander reden

Bew.: Dasgehört aber genau dazu...

San.: Das mag ja auch alles stimmen, aber trotzdem können wir das garnicht verstehen (...)

Bew.: Sie haben doch ganz bestimmte Stadtpolitische Vorstellungen. Das ist doch bekannt, seitdem Sie ihre Stadtautobahnkonzepte aufgegeben haben und es wieder heißt zurück in die Städte. Das ist nicht nur in Hamburg so, das ist überall in den Metropolen so. In Amerika heißt das Gentrification, d.h., daß in ehemals heruntergekommene Gebiete andere, besserverdienende Schichten hineinkommen. Und Sie umgehen die Angst der Leute, die hier heute Abend formuliert wird, einfach, nämlich das die hier nicht mehr wohnen können, wenn Sie ihre Pläne verwirklichen. Sie müßten doch zumindestens auch wissen, daß es ganz bestimmte ökonomische und polizeistrategische Vorstellungen gibt, die von allen Seiten in ihre Pläne einfliessen.
(viel Applaus)

San.: Also ich kann das nur, was Sie da angesprochen haben, bestreiten. Das ist mit Sicherheit nicht richtig. Wenn sie sich die Pläne richtig angucken, dann werden sie feststellen, daß mit den Mitteln Abriß und Modernisierung sehr behutsam umgegangen wird. Es geht darum für die jetzigen Bewohner eine Verbesserung der Wohnsituation zu erreichen. Das ist das Ziel.

Bew.: Aber so behutsam sind Sie doch nicht. Wir haben heute schon 3 falsche Eintragungen in ihren Plänen entdeckt. Wenn wir noch lange weiterreden finden wir bestimmt noch mehr.

Bew.: Erst lassen die Hausbesitzer die Häuser verkommen und dann kriegen sie öffentliche Mittel, um sie zu modernisieren. Wir bezahlen das also praktisch mit unseren Steuergeldern. Die Bewohner haben also die sozialen und finanziellen Kosten der Sanierung zu tragen.

San.: Aber wenn wir das nicht machen, wird sich das doch noch schlimmer entwickeln.

ZWR.: Aber in 12 Jahren geht das dann auch richtig los...

San.: Nein, ihr Mietvertrag wird doch dann nicht ungültig.

ZWR.: Das weiß ich auch, aber wenn jemand auszieht, dann kann der Vermieter die Miete voll hochknallen.

Als das Thema FLORA angesprochen wurde, kam dann richtig Stimmung auf.

Bew.: Es ist auf dem Sanierungsbeirat gesagt worden, daß die gesamte Problematik mit der Flora hier besprochen werden soll. Es ist gesagt worden, daß jemand von der Baubehörde hier sein wird, umm dazu Stellung zu nehmen. Es ist bis jetzt kein Wort dazu gesagt worden, ich versteh das nicht, was soll das. Weil soviele Sachen, die hier so schön erzählt werden wie z.B. Verkehrsberuhigung erledigen sich damit. Es ist doch ne Farce, wenn Sie sagen, wir wollen weniger Verkehr da haben und auf der anderen Seite wird so'm Riesenprojekt zugestimmt, was pro Abend zwischen 1000 u. 2000 Fahrzeuge mehr bringt.

ZWR.: Da hat er vollkommen Recht (Applaus)

Bew.: (weiter) Ich hab dazu ne kleine Anmerkung. Ein Kollege hat vorhin gesagt: Laßt doch auch die Anderen zu Wort kommen, das stimmt, wir sind hier ja auch nur einige. Also deshalb hab ich hier in der Tasche eine Unterschriftensammlung von über 700 Leuten, die inzwischen in den letzten Wochen unterschrieben haben gegen die ganzen Sachen, die hier laufen. Die kann ich Ihnen gleich mal zukommen lassen.
(viel Applaus)

San.: Also mir liegen da kaum Infos vor, wahrscheinlich weiß ich da auch nicht viel mehr als Sie. Ich habe mit großem Interesse die Broschüre "Schanzenleben" gelesen und auch den Bericht aus der Taz u. da stehen wirklich alle Dinge drinnen, die die neuesten Erkenntnisse wiedergeben. Flora liegt im Bezirk Altona, der Antragsteller Kurz hat einen Abriß-u. Neubauantrag gestellt, beide sind noch nicht genehmigt worden...

ZWR.: Das stimmt doch nicht.

San.: Zuständig für die Baugenehmigung ist der Bezirk Altona u. vom Bezirk Altona konnte keiner heute Abend hier sein...

ZWR.: Wir waren aber da ...

San.: Dann können Sie ja gerne berichten über ihre Informationen. Das würde mich auch interessieren. Das große Problem, das offensichtlich alle berührt sind die 450 Stellplätze, die rein rechnerisch nach der HH-Bauordnung bei 2000 Sitzplätzen, so wie die Flora konzipiert ist, geschaffen werden sollen und das da natürlich die Sorge besteht, ähm, daß dadurch großer Lärm entsteht durch das An-u. Abfahren in den Abend-u. Nachtstunden das Gebiet erschüttert. (...) Es ist offensichtlich vorgesehen, daß in unmittelbarer Nähe auf freien Flächen, die im Bereich der S-Bahn liegen, dort...

ZWR.: Wo denn genau?

San.: Zwischen Schulterblatt und Lippmannstr., da ist ja sehr viel freie Fläche beiderseits des Bahndammes, also daß da, aber genaueres weiß ich selber nicht, daß man dort offensichtlich überlegt, die Stellplätze konzentriert unterzubringen, so daß damit natürlich, ich find das persönlich optimal, die S-Bahn und die Fernbahn, die da fahren machen eh schon genug Krach und wenn dann noch zusätzlich Verkehr da hinkommt, dann stört das weniger, dann wird sozusagen der Lärm gebündelt...

(Unmutsäußerungen, Pfiffe)

ZWR.: Ey, aber da wohnen doch auch Leute, die keinen Bock auf noch mehr Lärm haben.

San.: Ja, aber das ist doch nun was Anderes als eine Tiefgarage in der Julius-, Lippmann- oder sonstwas Straße, d.h. es wird nicht unmittelbar das Gebiet tangiert. Das ist alles, was ich Ihnen dazu sagen kann.

Bew.: Also ich wohne unmittelbar gegenüber u. ich finde es sehr bedauerlich, daß ich bis jetzt wirklich nichts davon erfahren habe, was da eigentlich konkret geplant ist (...) Ich find's wirklich bedauerlich, wenn man da direkt wohnt, daß die ganzen Planungen an einem vorbeigemacht werden.

(...)

Bew.: (...) Ich finde es äußerst mies nur zu sagen, da wissen wir nichts darüber, dafür ist Altona zuständig. Da hätte man sich auch schlau machen können, ja da muß man sich auch gefälligst schlau machen.

Bew.: Aber Sie haben doch auch die Möglichkeit in anderen Gremien mit Altona zusammen die Flora auf's Schärfste abzulehnen. Diese Möglichkeit hatten Sie. Wenn Sie das tun, ist es gut und wenn Sie das nicht tun dann hege ich den begründeten Verdacht, daß da im Gesamten was läuft. Daß die Flora nämlich mit der Sanierung zusammenhängt, daß das Viertel als Ganzes feiner gemacht werden soll und daß ärmere Bevölkerungsschichten, die jetzt hier wohnen, heraus gedrängt werden sollen. Da ist doch ein Zusammenhang.
(...)

San.: Als ich davon erfuhr, daß ein Bauantrag gestellt worden ist, habe ich an das Bezirksamt Altona ein Schreiben gerichtet mit der Bitte darauf Bedacht zu nehmen, daß die Erschließungsvoraussetzungen von niemand anders als vom Bezirk Mitte quergeschrieben werden können u. habe gebeten, daß diesbezüglich das Baugenehmigungsverfahren in Altona mit der Tiefbauabteilung vom Bezirk Mitte verzahnt wird. Das ist mein letzter Stand.

ZWR.: Was heißt das denn konkret?

ZWR.: Nichts (Gelächter)

In dieser Nacht also tobte der Wind heftig durch das Gassengewirr dieses schauerlichen Viertels.

Für kurze Zeit war das FLORA-Gebäude für Neugierige geöffnet. Bewohner des Schanzenviertels besuchen eine CATS-Vorstellung im Operettenhaus und die Büros der Stella-Production - kleine Geplänkel um ein großes Vorhaben?

EIN TAG DER OFFENEN TÜR

Nachdem die ungünstige Witterung das Flugblattverteilen, den Info-Tisch und andere Aktionen vor der FLORA außerordentlich erschwert hatten, kam es zu Überlegungen, ob man nicht die großen Räume in der FLORA nutzen könnte.
Wie es der Zufall wollte, stand am 2o.2. morgens kurz vor 11 Uhr der Haupteingang des Gebäudes weit offen, und gerade zum gleichen Zeitpunkt gingen dort zwei- bis dreihundert Bewohner des Viertels vorbei. Natürlich blieben sie stehen, um sich die ache näher anzusehen. Einige hatten sogar Transparente dabei ("Flora für alle" usw.) andere Sprühdosen. Innerhalb weniger Minuten prangten diverse Forderungen an den ätzend gelben Gebäudewänden ("Keine Kommerzkultur im Viertel"), und ein - der Eingangsbreite angepaßtes - Transparent enthielt heftig ablehnende Aussagen zum geplanten Abriß und Neubau der FLORA.
Ansonsten herrschte emsiges Treiben auf Straße, Vorplatz und im Gebäude. Eine interessante Entdeckung machten einige Besucher und Besucherinnen im Gebäude selbst: Erstklassiger Wohnraum wurde dort in der zweiten Etage entdeckt, Wohnr
äume, die vor 4o, 5o Jahren von den in der FLORA gastierenden Künstlern und Künstlerinnen genutzt worden waren.

Von der Stresemannstraße schlich ein Streifenwagen heran, versteckte sich in einer Toreinfahrt und nahm mittels Funk Dauerkontakt zur Zentrale auf - mit Erfolg. Während vor der FLORA ein ständiges Hin und Her die Straße ein wenig blockierte, schränkte ein kleiner Konvoi von acht Streifenwagen, die vor dem Mont-Blanc-Gebäude am Schulterblatt in der zweiten Reihe parkten, den Verkehr erheblich ein. In voller Montur trabte dann eine Gruppe uniformierter Staatsdiener zum FLORA-Eingang, um sich dort schützend vor das Stella-Eigentum zu stellen.
Drinnen befand sich niemand mehr von den Besuchern, so daß sich die Anwesenden schnell einig wurden, spontan eine Runde durchs Viertel zu drehen und die Eigentumsschützer mit ihrer Aufgabe allein zu lassen (Sie blieben auch bis ca. 13 Uhr brav an ihrem Platz, bis der Haupteingang von Bautischlern vernagelt worden war).
Die Demonstration ging übers Schulterblatt in die Schanzensraße, dann weiter in die Bartels- und Susannenstraße. Vorne weg lenkt ein Leierkastenwagen, der von zwei exotisch aussehenden Personen bedient wurde, die Aufmerksamkeit auf die skandierten und auf Transparenten getragenen Forderungen: Stella raus aus dem Viertel, Kultur für alle in der FLORA.

PROTEST AUF DEM PAPIER



Vor einigen Wochen schon war im Schanzenviertel eine Unterschriftenaktion angelaufen. Die gesammelten Unterschriften unterstützten die Forderung nach Erhalt des alten FLORA-Gebäudes und eine stadtteilorientierte Nutzung des Gebäudes. Während der öffentlichen Anhörung zu den Sanierungsvorhaben am Schulterblatt wurden sie den Behördenvertretern vorgelegt: Über 7oo Unterschriften waren zusammengekommen.

TREFFPUNKT 21.1o UHR OPERETTENHAUS

Der 3. März war ein regnerischer Tag wie viele andere in den letzten Wochen. Pünktlich machte die Musical-Aufführung von "Cats" im Operettenhaus kurz nach 21 Uhr ihre Pause. Doch als die zu Ende ging, drängelten sich plötzlich 3o bis 4o Personen mehr in den Saal. Ein Megaphon quäkte los, einige Zuschauer zogen erschreckt die Köpfe ein, aber nichts passierte, als daß dem "sehr veehrten Publikum" klar gemacht wurde, daß die Schanzenviertler etwas gegen eine derartig kommerziell betriebene Kultur hatten, daß das in der FLORA geplante Musical "Phantom of the Opera" sicher besser verflüchtigen sollte, daß man kulturelle Darbietungen wolle, in denen nicht der Gewinn einiger Investoren im Vordergrund stände. Sanft schaukelten Mini-Flugblätter gen Boden - aber bevor sie ihn erreichten, war der Aufzug der Demonstranten, so unverhofft, wie sie ihn begonnen hatten, schon wieder vorbei.
Das Mega war verstummt, die Transparente waren eingerollt, und bis die Bullen von der nahe gelegenen Davids-Wache eintrafen, herrschte wieder Ruhe auf der Oberfläche.

Ob die Aktion zum Nachdenken angeregt hat?

MACHT KURZ LANG!



Auf jeden Fall waren die Damen des "Stella Management" im sterilen Bürokomplex Weidestraße 188 b, drüben in Barmbek, nicht vollkommen überrascht, als am späten Nachmittag des 1o. März ca, 2o Leute, überwiegend in grau- und schwarzgetönten Klamotten gekleidet - nur ein kräftiges Rot fiel auf! - in ihre voll klimatisierten und sterilisierten Räume quollen, nein, überrumpelt nicht, eher ein wenig erschreckt, als in ihre Zimmerchen geschaut wurde. Und natürlich empört, daß schon 'mal ein Zimmer von außen abgeschlossen wurde (was nicht viel bewirkte, denn alle Zimmer hatten Nebentüren).
Was die Leute aus dem Schanzenviertel wollten? Mit dem Geschäftsführer sprechen und keine Stella-Production im Viertel! Nun, ersterer war nicht da und über zweiteres sollte man mit den anwesenden Mitarbeiterinnen oder der Pressesprecherin oder mit wem auch immer, am besten mit Delegierten, reden. Die Leute waren aber nicht zum Reden gekommen, sie hatten etwas zu Fordern; es gab daher die eine und andere heftige Zweierdiskussion, zum Schluß wurde dann ein Brief übergeben, in dem die Forderungen der Besucher noch einmal schriftlich festgehalten waren.
Die Arbeitsunterbrechung dauerte für die Stella-Angestellten ca. 4o Minuten, dann verschwand der Menschenpulk wieder ins Viertel. Auf dem Weg nach draußen wurden überraschenderweise rotleuchtende Inschriften an debn sauber geweißten Wänden vorgefunden: "Kene Kommerzkultur!", "Macht Kurz lang!"

Aktionen in, vor und um FLORA herum

Das Flora anders nutzen

Ein offener Brief

Liebe Leute !

Mit diesem Brief wollen wir diejenigen erreichen, die an einer politisch-kulturellen Nutzung des ehemaligen FLORA-Gebäudes am Schulterblatt interessiert sind. Zu diesem Thema findet am

Mittwoch 6.04.88 um 19°° im **Haus für Alle**

ein Treffen statt, zu dem wir hiermit herzlich einladen.

Wir - Leute aus dem Schanzenviertel - wollen die alte FLORA wie sie ist erhalten und nach Vorstellungen entsprechend nutzen, die wir konkreter mit Euch gemeinsam entwickeln wollen. Denkbar wäre ein kulturpolitisches Zentrum, in dem vielfältige Aktivitäten nebeneinander möglich sein könnten: Theater- Musik- und Kinovorführungen, Beratungsstellen, Café, Kneipe, Plenumsräume für Gruppen, Veranstaltungsräume, Werkstätten, Ausländerinitiativen, Altengruppen .....



Die Realisierung solcher Ideen ist jedoch am besten durch den Zusammenschluß mehrerer NutzerInnen möglich. Auf dem Treffen dachten wir uns, über eventuelle Konzepte zu reden oder unsere und Eure Ideen auszutauschen oder gemeinsam neue zu entwickeln.

Wir fänden es natürlich gut, wenn ihr zahlreich kommen würdet und vielleicht schon vorher über dieses Thema diskutiert habt.

Also, bis denn ....
......einige OptimistInnen aus dem Schanzenviertel.

Noch ein offener Brief

FLORA-Abriß-Termin = **TAG X**

Falls die bisherigen Aktionen wie Infostände, Rathausbesuch, Schanzendemo, CATS-Besuch, Besuch bei STELLA ohne nachhaltigen Erfolg bleiben, rufen wir zu weiteren Aktionen auf.

* Der Tag x ist nicht nur ein gewöhnlicher Abriß-Tag, es ist der Startschuß für die Umstrukturierung eines ganzen Viertels ind sozialer und kultureller Hinsicht. Daher ist klar, daß dieser Tag ebenfalls ein Tag der tätlichen Repression wird. Das können wir nicht erdulden !

* Wir müssen uns der Sanierungsmafia und ihren Handlangern in den Weg stellen.

* Wir werden es nicht hinnehmen, daß unser Viertel zerstört wird und hoffen auf möglichst breite Solidarität. Deshalb rufen wir alle auf, den Tag X so zu gestalten, daß sie es sich noch einmal überlegen müssen, ob sie wirklich einen ganzen Stadtteil vernichten wollen.

* Es ist anzunehmen, daß der Abriß erst am selben Tag bekannt wird. Daher sollte sich jede/r vorher überlegen, mit welchen Aktionen der Abriß verhindert werden kann.

Am **Tag X** läuft auf jeden Fall eine Demo durch das Schanzenviertel. Der Treffpunkt ist an der Ecke Juliusstraße/Schulterblatt um 17°°. Da sollten dann auch die kommen, die am Tag keine Zeit haben, weil sie arbeiten müssen.

Flora bleibt !





Tanz der Wohnprojekte



Jägerpassage

WAS SIND WOHNPROJEKTE ?

"Also das ist, ...ja, äh, wart'mal, also wenn viele Leute in einem Haus irgendwie leben oder arbeiten oder beides oder so, oder ?"

Solche vagen Vorstellungen haben viele wahrscheinlich im Kopf, genaue Umschreibungen sind selten und fast immer mit einer Wertung kombiniert, je nachdem, ob der Benutzer dafür oder dagegen ist, daß es solche Wohnprojekte gibt.
Sinn und Zweck des "ganzheitlichen" Wohnens in Großstädten wird in der Regel nur den Leuten klar, die mit solchen Häusergruppen persönlich Kontakt haben.
Das Zusammenleben in einem Wohnprojekt und die Beziehungen unter den Leuten lassen sich schwer abstrakt vermitteln. Auch mit dem Hinweis auf den Versuch, die Trennung von Wohnen, Arbeit und Freizeit aufzuheben, sind längst nicht alle Motive der Leute aufgezählt, die sich in einem Wohnprojekt zusammenschließen.

Deshalb gibt es am **24.04.88** um **19°°** in der **Fabrik** eine Informationsveranstaltung zum Thema: Was sind Wohnprojekte ?
Die Wohnprojekte und das Häuserplenum klären auf und stellen sich vor. Nicht zuletzt wird dabei für jeden deutlich werden, wie die menschenfressende Standortpolitik des Senats die ernsthaften Bemühungen der Häusergruppen immer wieder zugunsten von zweifelhaften Investitionsmodellen ins Leere laufen ließ und läßt (aktuellstes Beispiel: die Flora).
So wurde auch das Haus in der **Bergiusstraße** trotz der einjährigen Vorverhandlungen an einen Investor verschachert. Im **Grasweg** konnte die Ansiedlung der PK-Electronic nur knapp verhindert werden. Die Firma hat, nebenbei bemerkt, als Produzentin von Überwachungselektronik in Südafrika einen guten Ruf.
Von der **Jägerpassage** spricht heute schon niemand mehr (ich schon noch, d.S.), obwohl dort die Verschaukelungstaktik des Senats in klassischer Form Anwendung fand. **Pinnasberg** und **Winterstraße** können dagegen noch verhandeln, die SAGA darf aber auf Anweisung des Senats keine Verträge mehr mit Häusergruppen schließen.
Offensichtlich ist dem Senat nach den Entwicklungen in der Hafenstraße die Lust vergangen, Wohnprojekte wenigstens zu dulden.
Bei dem Wort Wohnprojekt, so hat es den Anschein türmen sich plötzlich Barrikaden vor dem geistigen Auge des Senats auf, es entstehen die gefürchteten rechtsfreien Räume, und auch sonst werden die SenatorInnen wieder überflüssiger.

Deshalb, auch für Senatsmitglieder: Informiert euch, so lange es noch Zeit ist; werft eure Krawatten weg und kommt in die Fabrik am 24.4.

Außer den Wohnprojekten werden dort vertreten sein: ♫♪♩♫

Gunlingers (London)
The Posers
Ramonez '77 — Einlaß 19°°, Beginn 20°°
Jam Today — Eintritt 8,- bzw. 5,- DM



Die Stella Produktions GmbH schafft neue Arbeitsplätze mit der Errichtung ihres Kommerztempels im Schanzenviertel.Welcher Art die Arbeitsbedingungen sein werden,darüber unterhielt sich das NSL mit einem ehemaligen Mitarbeiter der Stella.Hier nun die Zusammenfassung des Gesprächs.

Ein amerikanischer Traum...

Ein Blick hinter die Kulissen der CATS-Macher

From inside to outside

Kultur muß nicht subventioiert werden. Kultur kann profitabel sein,wenn es "richtig gemacht wird.So oder ähnlich läßt sich das Kurz'sche Unternehmerziel beschreiben.Diesen alten amerikanischen Traum auch in good ol' Germany zu verwirklichen,dazu ist Fritze ausgezogen.Was das für die in seinem Unternehmen beschäftigten Menschen bedeutet,läßt sich daran bereits erahnen.

Das "meistbesuchteste Musical aller Zeiten" (Pressemitteilung der Cats-PR-Abteilung 87) schrieb schon ca. neun Monate nach seiner Eröffnung im April 86 laut Aussage von F.Kurz schwarze Zahlen.- Dieser Unternehmertraum entwickelte sich auf der Einnahmenseite auf Grund hoher **Subventionen** durch den HH-Senat und einem geschickten Marketing,das es schaffte,das Operettenhaus nahezu jeden Abend bis auf den letzten Platz zu füllen.Auf der Ausgabenseite konnten Unkostenfaktoren durch das Ausnutzen bestehender arbeitsrechtlicher Bestimmungen reduziert werden und dabei gleichzeitig Effektivität und Loyalität der Mitarbeiter erhöht werden.Besondere Bedeutung hat dabei das Blüm'sche Beschäftigungsförderungsgesetz,das bei Stella und der ihr zuzurechnenden Firma Teleticket rigeros angewandt wird-.Ein Kernstück dieses Gesetzes ist die Regelung zum Abschluß befristeter Arbeitsverhältnisse.Damit wird den Unternehmern ein Teil ihrer Verpflichtungen erlassen,die sonst mit Neueinstellungen verbunden sind.Bei Stella arbeiten fast 100% der Beschäftigten im kaufmännischen Bereich,Führungskräfte ausgenommen,auf Grundlage befristeter Arbeitsverhältnisse.Dazu ist anzumerken:

Die Stella verstößt nicht etwa gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen,aber bestehende unsoziale Gesetze werden bis an die Grenze des Zulässigen ausgenutzt.In der Praxis bedeutet das:

- Wöchentliche Normalarbeitszeit bis zu 4 Stunden
- 3 Wochen Jahresurlaub

Ein weiterer positiver Aspekt aus Unternehmersicht stellt die Schwierigkeit,eine betriebliche Interessenvertretung zu etablieren,dar.Wer als Beschäftigter auf eine Umwandlung seines befristeten in einen unbefristeten Arbeitsvertrag hofft,wird seine berechtigten Interessen sicherlich weniger hartnäckig vertreten.Selbst ein Betriebsrat,sofern er existieren würde, könnte auf Grund dieser Verhältnisse kaum eine kontinuierliche Arbeit leisten.Erschwerend kommt bei der Stella das sog. "familiäre" Betriebsklima hinzu.Jeder duztjeden und zusammen werden nicht etwa so profane Dinge wie Wasserhähne oder Unterlegscheiben verkauft,sondern eben das bekannteste Musical der Welt.Da verschwimmen schon mal die Interessengegensätze.

Die kurze Zeit der Auflehnung

Wie in jeder guten Familie kriselte es auch einmal bei der Stella.Unmut erregte ein geschickter Schachzug der Unternehmensführung.Der Bereich Kartenverkauf und -Vorbestellung wurde ausgegliedert und in der dafür neugegründeten Firma Teleticket GmbH,Vertrieb von Veranstaltungskarten,-neuzusammengefasst.Das Spiel mit den befristeten Arbeitsverträgen konnte also erneut losgehen.Stella hat mit der Firmengründung zwei Probleme auf einen Schlag gelöst.Neben dem Erhalt und der Sicherung steuerlicher Vorteile konnte den Mitarbeitern,die sich bereits bewährt hatten und eingearbeitet waren,ein neuer befristeter Arbeitsvertrag aufgedrückt werden.Denn ein neugegründete Firma kommt ausdrücklich in den Genuß des Beschäftigungsförderungsgesetzes.Für einen Teil der Beschäftigten bedeutet dies die zweite sechsmonatige Probezeit und das zweite befristete Arbeitsverhältnis.An diesem Punkt kam es dann auch zu Krisenerscheinungen.Das Interesse endlich eine Festanstellung zu bekommen,führte zu einer verstärkten Diskussion unter den Mitarbeitern und zu Kontakten mit der Gewerkschaft HBV.Die Diskussion ging in Richtung Gründung eines Wahlvorstandes mit dem Ziel einen Betriebsrat zu wählen,der zusammen mit der HBV die Forderung nach Festeinstellung durchsetzen sollte.Ein Knackpunkt der Stella'schen Unternehmenspolitik war auch schon ausgemacht.Bei der Gründung der Teleticket GmbH kann nicht wirklich von einer Firmenneugründung gesprochen werden,da Personal und Arbeitsaufgaben nahezu identisch bzw in einem äußerst engen Zusammenhang zur Stella Produktion GmbH stehen.Damit wären auch die befristeten Arbeitsverhältnisse bei Teleticket nicht zulässig.Da die Firmenleitung die Verhältnisse so nicht sieht und der Druck auf sie nicht stark genug ist,werden die Mitarbeiter wohl ihr Recht einklagen müssen.Aber bis zur Wahl eines Betriebsrats,der die Klage initiieren,unterstützen und absichern sollte,ist es nicht mehr gekommen.Die kurze Zeit der Auflehnung mit Gewerkschaftseintritten-,Eintreten für die eigenen Interessen,das Wissen auf wen mensch zählen konnte,das Verbindende über das Musical hinaus,war schnell vorbei.Das Arrangieren mit den alten Verhältnissen ist wieder angesagt.- Warum? Das Vorgehen der HBV,erstmal mit Schlesselmann,dem Chef von Stella-HH allein zu reden,wobei die Mitarbeiter erstmal in aller Ruhe abwarten sollten und die Knute der befristeten Verträge,hat sicherlich nicht das Vertrauen in die eigene Stärke gefördert.Wahrscheinlich besteht auch ein Teil der Belegschaft aus eingefleischten Spießern,wie sich das auch beim Besuch der Stella durch Bewohner des Viertels gezeigt hat.Andere haben es vorgezogen nicht länger in diesem Laden zu arbeiten.Das sind knapp skizziert die Arbeitsbedingungen bei Stella im kaufmännischen Bereich.

10,-/Stunde und zwar cash

Zwar sind die Cats-Macher vom "Hire and Fire"-Image verbunden mit Niedrigstlöhnen völlig unverständlicher Weise weggekommen,aber gerade im Bereich des Zuschauerservice (Getränkeverkauf,Gaderobe etc.-)ist das immer noch Realität.Hier werden sog. studentische Hilfskräfte eingesetzt,weil für sie keine Krankenversicherung,Lohnsteuer u.ä. bezahlt werden muß.- Das ist zwar gängige Praxis,aber das es hier dann überhaupt keine Arbeitsverträge mehr gibt,ist das Tüpfelchen auf dem I.- Wer nicht mehr gefällt oder krank wird,- kann sich einen neuen Job suchen.Daß das völlig willkürlich geschieht,muß nicht extra betont werden.Das Ganze wird mensch mit 10.- die Stunde versüßt und dem Flair bei Cats zu arbeiten.Wenn mensch sich vor Augen führt,daß Cats,seitdem es aus den roten Zahlen raus ist,monatlich fast 1 Million DM Profit abwirft,wird klar,wo ein Teil des Geldes herkommt.Daß die Arbeitsbedingungen bei "Phantom of the opera" in der Flora ähnlich mies sein werden,davon ist auszugehen.Das Musical zu verhindern,heißt also auch solche Unternehmerpraktiken zu durchkreuzen.

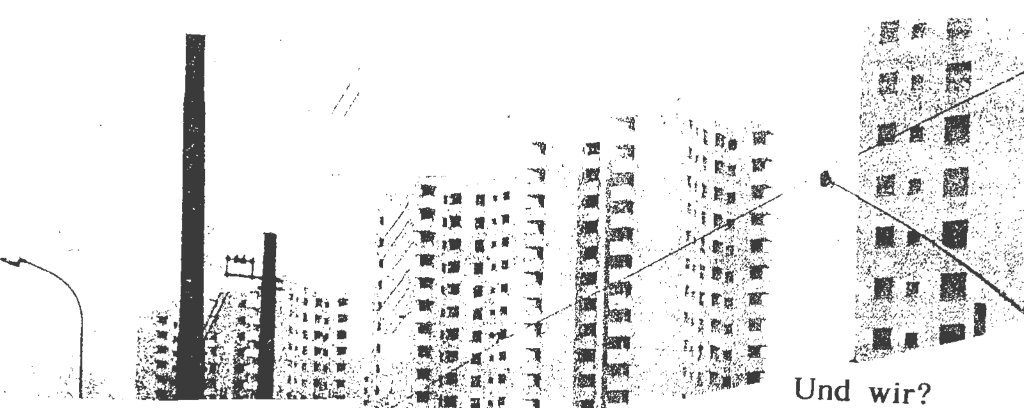
Macht Kurz lang,damit der Kultur-MacDonalds keine weitere Filiale in Hamburg eröffnet.

Fritzes Alptraum, die FLORA-Gruppe, trifft sich jeden Sonntag um 18.00 Uhr im Kinderzentrum, Bartelsstraße 27

Termin: 11.4., 16.30 Uhr"Taverna Romana" Die Tiefbauabtelung informiert Gewerbetreibende und Interessierte über die geplante Verkehrsberuhigung im Schulterblatt im Zuge der Sanierung.

VERTREIBUNG, BEFRIEDUNG UND SOZIALKONTROLLE

Angesichts der Diskussion über Umstrukturierung im Schanzenviertel halten wir es für angebracht, etwas zu den Terassenhäusern im kleinen Schäferkamp 22 und 22a zu schreiben. Wir denken, daß sich auch an diesem Beispiel das Zusammengehen von sozialpartnerschaftlicher Vertreibung und staatlicher, kapitalistischer Stadtplanung zeigt.



Zur Geschichte der Häuser

Die Terassenhäuser kleiner Schäferkamp 22 und 22a wurden von Kurt und Günther Groenewold Anfang der 80er Jahre für 300.000 DM gekauft. Kleiner Exkurs: Kurt Groenewold, wohnhaft am Weiher 12, 2 HH 20, Tel: 4916629, war einer der Verteidiger von Andreas Baader. 1975 wurden seine "Verteidigerrechte suspendiert", da er mit der in seiner Kanzlei eingerrichteten Infozentrale für den organisierten Zusammenhalt der RAF gesorgt haben soll. Andreas Baader hatte ihn schon damals als Mietwucherer beschimpft.

Doch zurück zu den Häusern: Der Sanierungsplan der Stadt Hamburg zum Zeitpunkt des Verkaufs der Häuser sah einen vorübergehenden Erhalt vor. Vermutlich kauften Groenewolds die Häuser, um nach einer Modernisierung auf eigene Kosten die Ausgaben dafür auf die Mieten umzulegen, überhöhte Mieten zu verlangen, und somit die MieterInnen hinausekeln zu können.
Das wäre allerdings nur möglich gewesen, wenn die MieterInnen einerModernisierung zugestimmt hätten. Die damalige MieterInnengemeinschaft hatte also die Wahl

Abriss oder Modernisierung

Sie sprach sich gegen eine Modernisierung und eine damit verbundene Mietpreiserhöhung aus und stimmte den Abrißplänen der Stadt zu, unter der Bedingung als MieterInnengemeinschaft ein Gemeinschaftshaus im Viertel im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus als Ersatz gestellt zu bekommen. Das Bezirksamt Eimsbüttel, der Sanierungsausschuß, das Amt für Stadterneuerung und Baubehörde akzeptierten diese Bedingungen und sicherten dies schriftlich zu. Infolgedessen wurde gegen Groenewolds eine Veränderungssperre für die Häuser verhängt und sie wurden zu Abrißobjekten erklärt.
Daraufhin klagten Groenewolds gegen den Abriß und ließen die Häuser verrotten undichte Dächer, nasse Wände, herausfallende Scheiben, fast durchbrechende Treppenabsätze und zu allerletzt Hausschwamm.....
Viele alte MieterInnen zogen nach und nach aus. Das MieterInnenbild verschob sich von Alten und Familien zu jüngeren Leuten, die Schwierigkeiten haben, andere Wohnungen zu bekommen.
Bei jeder Neuvermietung kassierte die Maklerin Ursula Hamman, wohnhaft im Jungfrauenthal 47, 2 HH 13, Tel 4106477, Courtage - und es gab ständig MieterInnenwechsel.
Dieser Streit zwischen staatlicher Stadtplanung und Profitinteresse eines einzelnen Kapitalisten wurde mittels Verrotten lassen auf dem Rücken der MieterInnen ausgetragen.

Auf der anderen Seite stritten sie sich nicht so sehr - es gab eine gute Zusammenarbeit. Das Wohnungspflegeamt war schwierig zu den Häusern zu bewegen - die Antwort des Amtes auf verschimmelte und vor Nässe triefende Wände war: Das sei ja schon älter und deshalb" normal" - und das Haus würde eh bald abgerissen.

Und wir?

Wir, einige BewohnerInnen hatten uns vor etwas mehr als einem Jahr in einer Mieterinitiative zusammengetan, um uns gemeinsam für Instandhaltung und Erhalt der Häuser einzusetzen. Wir waren uns im Klaren darüber, daß ein wirklich längerfristig selbstbestimmtes Haus hier und heute politisch nicht durchsetzbar ist. Wir wollten keine Schweineverträge Hafen und Chemnitzstrasse oder ein Projekt in Selbstverwaltung, mit dem wir uns zu 15 % Eigenbeteiligung verpflichtet hätten, den Schrott, den Groenewold uns hinterlassen hat, wieder gut zu machen. Wir hatten keine Lust die nächsten Jahre als alternative Heimwerker zu verklemptnern und darüber gezwungen zu sein, weniger Zeit und Energie für politische Arbeit zu haben



Die Sanierung der Häuser mit städtischen-staatlichen Geldern, Modernisierung und Umwandlung in Sozialwohnungen war für uns das Naheliegendste und Sinnvollste. Auch deshalb, weil dann keine Verwischung der Fronten zwischen denen (Vermietern) und uns (MieterInnen) stattfindet. So haben wir unsere Forderungen gegenüber Stadt und Vermietern geltend gemacht und versucht, über Mietminderung, Wohnungspflege und Zusammenarbeit mit "Mieter helfen Mietern" (MhM) Druck auszuüben, um Groenewold zur Instandhaltung zu bewegen. Wir stießen jedoch schon bald auf Schwierigkeiten: Wir waren nur wenige die sich hier organisieren wollten, zu den Zweifeln an die politische Stärke unseren kleinen Gruppe kamen die Einschätzung des Anwalts von MhM, ein Erhalt der Häuser wäre politisch nicht durchsetzbar.
Hier müssen wir selbstkritisch sagen, daß wir oft Schwierigkeiten hatten mit einer eigenen Einschätzung, und uns deswegen oft stark an Jürgens orientiert haben. Hinzu kam die Auseinandersetzung um den Hafen, die die Energie aller gebraucht hat. Was blieb, war das Vorhaben über Instandhaltungsklagen den Abriß der Häuser hinauszuzögern. Bevor es jedoch dazu kommen konnte, gingen die Häuser zum Jahreswechsel in den Besitz der Stadt und die Verwaltung der SAGA über. Groenewold, das Schwein, hatte somit rechtzeitg seinen Schinken gerettet. Er hatte offensichtlich den Prozeß um den Erhalt der Häuser gegen die Stadt verloren. Durch den Verkauf ersparte er sich Ärger und hat mit Sicherheit noch eine Menge Geld von der Stadt kassiert.

Befriedung

Die SAGA weigert sich auch nur geringste Instandhaltungsarbeiten durchzuführen, und begründet das mit dem bevorstehenden Abriß, obwohl das Umsetzungsverfahren, das seit dem 20.1.88 läuft erfahrungsgemäß ein bis zwei Jahre dauern kann. Das heißt, uns kracht hier bald die Bude unterm Arsch zusammen. Aber sie bemühen sich, uns passenden Ersatzwohnraum zu suchen. Da haben sie aus dem Widerstand gegen Plattsanierung und Vertreibung aus den Vierteln gelernt: Mehr Zuckerbrot als Peitsche. Sie versuchen uns 'bei Laune zu halten, indem sie uns Abfindungen zahlen wollen und uns versprechen, wir würden hier im Viertel uns "angemessene" Wohnungen bekommen; was angemessen ist, bestimmen natürlich sie.

Und wie sie innerhalb relativ kurzer Zeit bei der Situation auf dem Wohnugsmarkt gerade im Schanzenviertel für ca 30 Leute mit niedrigem Einkommen Ersatzwohnungen finden wollen, bleibt fraglich.
Fakt ist, daß uns bisher Wohnungen hauptsächlich in Eimsbüttel-Nord oder Grindelhochhäusern angeboten wurden. Wenn das mal keine Mißverständnisse provoziert....

Stadtplanung



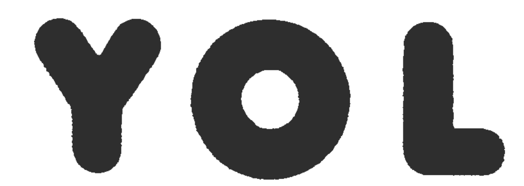
Wir meinen: Die Sanierungspolitik der vergangenen Jahrzehnte hatte zur Folge, daß traditionelle (ArbeiterInnen-) Quartiere aufgelöst und deren BewohnerInnen an die Stadtränder vertrieben wurden. Gewachsene Stadtteile wurden zerstört bzw. umstrukturiert. Begriffe wie "Hinterhofentkerning", "soziale Gärungsprozesse verhindern", "kriminalitätsabwehrende Architektur" und "Kriminalitätsgeographie" machen deutlich, worum es ihnen ging und immernoch geht: Sie versuchen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln - Stadtplanung ist eins davon - zu verhindern, daß sich gemeinsame Kämpfe entwickeln.
Ihre Vorgehensweise dabei hat sich in den letzten 5-10 Jahren verändert: Heute mischen sie Leute verschiedener sozialer Schichtungen in den Vierteln. Die MieterInnenzusammensetzung in den Häusern wird so strukturiet, daß Organisierung mangels gemeinsamen Erfahrungshintergrundes erschwert werden soll.
Gegen Spekulationsobjekte und Abrißpläne haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder BewohnerInnen organisiert, um Widerstand zu leisten, oft verbunden mit dem Kampf für Formen kollektiven Lebens und Arbeitens. Dem versuchen sie, heute zu begegnen indem sie sozialpartnerschaftliche Freundlichkeit herauskehren. (WÜRG)

Es soll der Eindruck entstehen, sie würden sich um Interessen und Bedürfnisse der Menschen hier kümmern. Sie versuchen uns mit Versprechungen zu ködern. Die Fronten sollen vernebelt werden. Auch diese Häuser sind ein Beispiel dafür: Mittels Vereinzelung sollen Zusammenhänge und Strukturen aufgelöst werden.



Neue Buchhandlung im Schanzenviertel

Seit dem 11. März gibt es in der Schanzenstrasse eine neue Buchhandlung: YOL - DER WEG. Sadi und Safo, die beiden Buchhändler, die den Laden aufgemacht haben, verstehen diesen Namen als Auftrag. Sie möchten die türkischen und kurdischen Bewohner Hamburgs "auf den Weg bringen", sich verstärkt mit Literatur zu beschäftigen.
Nach ihrer Einschätzung wird derzeit unter ihren türkischen Landsleuten wenig gelesen. Aus diesem Grund bietet der Buchladen ein breites Angebot an Büchern an, mit dem an den vorhandenen Leseinteressen angeknüpft werden soll - Ziel ist es, diese vorhandenen Interessen noch zu erweitern. Vor allem aber: Die Menschen sollen motiviert werden, ein Buch in die Hand zu nehmen.
Das Sortiment im Laden ist entsprechend. Großen Raum nimmt natürlich die Lyrik und die Belletristik ein, bei der neben türkischen und kurdischen Autoren auch ins Türkische übersetzte Literatur, so die derzeitigen Renner von Umberto Eco und Milan Kundera, vertreten ist. Eine Kinderbuchabteilung ist vorhanden, die politische Literatur reicht von den Klassikern bis zu aktuellen analytischen Abhandlungen über die Türkei; etwas verloren sieht in dieser Fülle noch das Regal mit Frauenliteratur aus, auch wenn bereits Romane von Simone de Beauvoir vertreten sind, noch nicht sehr umfangreich auch das Angebot von Literatur über den Islam und von religiösen Schriften.



Soll mit dem Sortiment an türkischen Büchern ein Beitrag zur kulturellen Identität der in Hamburg lebenden oder auch nur zeitweilig arbeitenden Türken geleistet werden, so soll die deutschsprachige Abteilung (Reisebuch, politisches Sachbuch, Belletristik) das ökonomische Standbein des Ladens werden. Natürlich sind Sadi und Safo daran interessiert, den Deutschen aktuelle und ideologisch nicht deformierte Informationen über die Türkei zu vermitteln, insbesondere Lehrern und Sozialarbeitern, die tagtäglich mit der türkischen Kultur konfrontiert werden. Aber von ihnen erwarten sie auch das Geld beim Buchkauf, um auf der einen Seite das Angebot an türkischen Büchern (die hier keiner Preisbindung unterliegen) möglichst billig halten zu können und auf der anderen Seite die laufenden Kosten des Ladens abdecken zu können. Wobei zu den laufenden Kosten nicht die Entlohnung für die Arbeit im Laden gehört: Sie bleibt unbezahlt; ihren Lebensunterhalt verdienen die beiden durch Übersetzungs- und Dolmetscharbeiten für Anwälte und andere Einrichtungen, die z.B. mit Asylverfahren türkischer Flüchtlinge beschäftigt sind.
Hier setzt auch der zweite politische Anspruch des Ladens an: mit den Leuten in Kontakt zu treten und zu bleiben, die aus der Türkei nach Hamburg kommen und hier in die Behördenmaschinerie geraten - entweder um Asyl zu beantragen oder um eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis durchzusetzen. Sozialratgeber, auf türkisch oder auf kurdisch, Sprachratgeber auf deutsch für Anwälte und Sozialarbeiter, sollen erarbeitet und vertrieben werden. Die Kosten dafür sollen aus der Arbeit im Laden abgedeckt werden - was natürlich nur möglich ist, wenn der Buchladen auch "läuft".

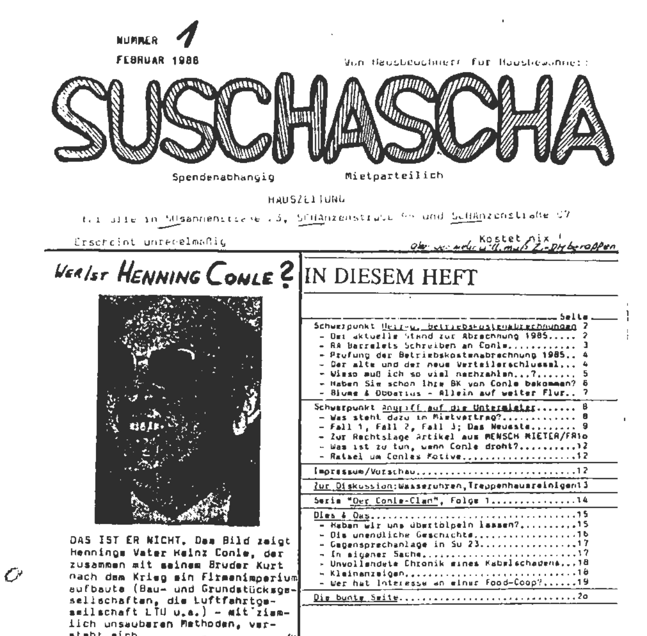
»...der Typ versucht ständig dich zu bescheissen«

WER IST HENNING CONLE ? - diese Frage stand gleich auf der ersten Seite der Zeitung, die ich in den Händen hielt.
Da ich selbst eine Wohnung der Henning-Conle-Grundstücksverwaltung bewohne, stellt sich bei mir immer eine Mischung aus Ohnmacht und Wut ein, wenn ich diesen Namen höre.
Ähnlich muß es BewohnerInnen dreier Häuser in der Schanzen- und Susannenstraße ergangen sein, denn das Ergebnis des Ärgers mit dem Vermieter halte ich jetzt in den Händen: Die **SUSCHASCHA** Nr.1 vom Februar 88, eine 20-seitige Hauszeitung der drei Conle-Häuser.

"Die Idee zu einer Hauszeitung war schon viel älter", erzählt Bruno, einer der HerausgeberInnen.
Angefangen hatte es mit Mieterversammlungen. Wegen der Lärmbelästigung von Frank & Frei bis spät in die Nacht, wegen des Lärms der Postlastwagen früh am Morgen und des Lärms bei Bahnbauarbeiten. Dazu kam der miserable Zustand der Häuser. Das Zusammengehen der MieterInnen hatte Erfolg: "Es war wirklich dramatisch, wir mußten einen Eimer aufstellen, weil es in die Küche regnete", berichtet Martina, eine weitere Herausgeberin der **SUSCHASCHA**. "Wir haben gleich alles über verschiedene Behörden wie Amt für Wohnungspflege und Bauprüfabteilung laufen lassen und haben darüber doch was bei Conle erreicht. Die Fassade wurde gemacht."
Im November 1986 war dann eine Mieterversammlung angesetzt und einen Tag früher kam die Betirbskostenabrechnung von Conle: Für die Jahre 83/84, also völlig veraltet und dazu viel zu hoch angesetzt.
Die Versammlung war gut besucht; Anwälte wurden eingeschaltet, mensch ging zu Mieter helfen Mietern, eine Auseinandersetzung begann, die heute noch nicht beendet ist; im Januar dieses Jahres (!) kündigte Conle gerade die dritte Korrektur an...

"Es ist einfacher, das mit den Nachbarn zusammen zu machen, weil man sich dann sicherer fühlt. Auch die alten Leute wären nie alleine auf die Idee gekommen, gegen die Abrechnungen zu protestieren."

Der Ärger mit Conle hat seit dem nicht aufgehört, ständig passieren neue Schweinereien.
Martina: "Neulich hat's bei Nachbarn geschmort, sie haben die Feuerwehr angerufen. Sie sollten dann sicherheitshalber den Strom abstellen. Dann haben sie Conle angerufen und Conle hat gesagt: 'Ja, bringen wir in Ordnung, aber da müssen sie 'n bißchen warten, unsere Handwerker sind überlastet.' Das heißt, die Nachbarn sollten warten, bis sie den Strom wieder anstellen können - wochenlang! Das ist immer noch nicht passiert, in einem Raum ist immer noch kein Strom!"
"Vor ein paar Jahren haben wir für alle drei Häuser die Gemeinschaftsantenne bekommen," erzählt Bruno, "und wir haben widerspruchslos 8 DM mehr Miete bezahlt. Ich habe ausgerechnet, daß die ziemlich genau 30.000 DM gekostet haben müßte. Gerade neulich habe ich gehört, daß diese Dinger zwischen 3000 und 7000 DM kosten.



NUMMER 1
FEBRUAR 1988

SUSCHASCHA

Spendenabhangig Mietparteilich

HAUSZEITUNG

Erscheint unregelmaßig

Kostet nix !

WER IST HENNING CONLE ?

DAS IST ER NICHT. Das Bild zeigt Hennings Vater Heinz Conle, der zusammen mit seinem Bruder Kurt nach dem Krieg ein Firmenimperium aufbaute (Bau- und Grundstücksgesellschaften, die Luftfahrtgesellschaft LTU u.a.) - mit ziemlich unsauberen Methoden, versteht sich. DER CONLE-CLAN Seite 14

IN DIESEM HEFT

HAUSMITTEILUNG

Diese Zeitung soll ab und zu mal erscheinen; Conle wird schon dafür sorgen, daß es immer wieder notwendig wird, daß wir Mieter uns gegenseitig informieren über seine Machenschaften

Haus- und Nachbarschaftszeitung, in der jede/r schreiben kann, was sie/er fur mitteilenswert halt.

BITTE UM MITARBEIT !

Beitrage fur SUSCHASCHA bitte an:

Henning Conle, sein Alter kann ich hier nicht genauer als mit "Ende dreißig" angeben, ist ein Sohn Heinz Conles und hat einen beträchtlichen Anteil des Conle-Erbes übernommen (dies soll "vorsichtig ausgedrückt" sein, denn die genauen Zusammenhänge müssen noch recherchiert werden.)
Seine Hamburger Häuser hat HC nicht geerbt, sondern Anfang der 80er Jahre gekauft. Insgesamt gehören ihm in Hamburg rund 2000 Wohnungen. Da er besonders billige, heruntergekommene Altbauwohnungen gekauft hat, ist er im Schanzenviertel besonders stark vertreten: allein in der Susannenstraße gehören ihm die Häuser Nr. 2, 3, 4, 5, 8, 9a+b, 10, 23 und in der Schanzenstraße Nr. 10, 12, 14, 81, 95, 97, 113, 115.
Seit 83/84 kauft HC plötzlich keine Häuser mehr in Hamburg. Ist er pleite? (Immerhin hat er bisher mit dem Hinweis auf die teure Bahnfahrt von Duisburg nach Hamburg alle behördlichen Aufforderungen abgelehnt, zu einem Ortstermin zu erscheinen!!! (HR 30.1.86))

(aus der SUSCHASCHA)

Du merkst, der Typ versucht ständig, dich zu bescheißen."

Die **SUSCHASCHA** soll aber "kein reines Mietrechtsblatt sein, sonern eine Haus- und Nachbarschaftszeitung, in der jede/r schreiben kann, was er/sie will." Eine Zeitung im kleineren Rahmen also. Doch vielleicht entwickelt sich daraus ja etwas größeres.
"Ich denke, daß die meisten Mieter in Conle-Häusern ähnliche Probleme haben und daß da auch bei den meisten ein Interesse besteht, was zu machen oder zumindestens eine Zeitung oder mehr Informationen zu kriegen. Im Grunde genommen finde ich es schon gut, mit anderen Conle-Häusern zusammenzuarbeiten und meinetwegen einen Teil der Zeitung für alle zu machen; eben das, was für alle interessant ist: Rechtliche Sachen, die Serie: Der Conle-Clan, da könnte ich mir vorstellen, daß das andere Leute auch interessiert."

IMMER MEHR

- und immer das gleiche Lied. Außer vielleicht wenn...

Der neue Privatsender OK Radio übertrifft alle Erwartungen: Alle zwei Wochen mittwochs von 20 bis 22 Uhr bringt er (zur Zeit noch) eine tatsächlich brauchbare Sendung, die er sich von den legendären "Hungrigen Herzen" produzieren läßt.
Radio KORAH verteidigt entschlossen seine einsame Stellung als erster anerkannter Rentnerfunk der Republik.
Die vielfältige Langeweile von inzwischen 9 in Hamburg zu empfangenden Radiosendern findet wertvolle Verbündete in drei neuen privaten Fernsehsendern.
Gute Neuigkeiten gibt es nur als Gerüchte.



"Besonders lokal ausgerichtet" ist das allererste Merkmal, das der Radiosender OK in seiner Selbstdarstellung nennt. Diese "lokale Ausrichtung" will OK durch "Stadtteilstützpunkte" erreichen, in denen zu bestimmten Zeiten ein OK - Redakteur sitzt und von Initiativen und Einzelpersonen Informationen entgegennimmt, aus denen OK dann seine Beiträge bastelt. Der für Stadtteilbezug zuständige Redakteur ist Klaus Balzer; am 2. März stellte er im "Haus für Alle" den Initiativen in Schanzenviertel/Eimsbüttel sein Konzept "Stadtteilstützpunkt" vor, beschwörte mit Engelszungen die ungeheuer fortschrittlichen Ansprüche seines Senders ("offen und liberal", "über gesellschaftspolitische Themen durch Hintergrundinformationen aufklären") und bemühte sich redlich, das Haus für Alle als einen solchen "Stadtteilstützpunkt" zu gewinnen; ähnlich, wie die Fabrik OK - Stadtteilstützpunkt für Altona ist.

Stadtteilstützpunkte für OK?

Viel mehr als fromme Wünsche konnte Balzer nur leider nicht bieten. Es war zu erfahren, daß ja alles noch in der Entwicklung und völlig offen sei; darüber hinaus stellte er noch das OK - Programmschema vor: 6 - 10 Uhr Musik, 10 bis 14 Uhr "OK - Magazin" (viel gute Musik und aktuelle Informationen), 14 bis 16 Uhr eine Jugendsendung, 16 bis 18 Uhr Veranstaltungshinweise (mit viel guter Musik), 18 bis 20 Uhr "Die OK newsshow" (viel gute Musik und aktuelle news), ab 20 Uhr Musik. Durch konsequentes Auf-die-Nerven-gehen konnten die Hungrigen Herzen (Magazin für den lokkeren Aufstand) zwei Stunden Sendezeit am Mittwochabend herausschlagen.
Der Sonntag hebt sich vom Werktagsschema durch eine einstündige Kinder- und eine zweistündige Sportsendung ab; OK hat damit ein Programmschema entwickelt, das noch nichtssagender, langweiliger und angepaßter als das von KORAH ist, wo es noch die eine oder andere Sparte gibt (ein fester Termin, an dem regelmäßig zu einem bestimmten Thema gesendet wird).

OK setzt mit diesem Nullkonzept also voll auf Dauerberieselungsradio mit Drei-Minuten-spots, in denen niemals tatsächlich Hintergründe behandelt werden können. Auch die Art von Magazinen, die OK wie jeder andere Sender produziert, können nicht gründlich und engagiert Stoff zu Auseinandersetzungen liefern, sondern nur zerstreuen und unterhalten. Dadurch wechseln sich unverbindlich-kritische, zu spots zertrümmerte Wortbeiträge andauernd mit Musik ab, genau wie es die Werbekunden



Werbungsfinanziertes Radio wird automatisch Kommerzfunk

wollen, die ja nichts so sehr fürchten, wie die gezielte Benutzung des Ein/Aus - Knopfes: Mit dem könnten die HörerInnen nämlich einfach nur und ausschließlich das hören, was sie auch wirklich hören wollen. Die "gemeinnützigen Radios" OK und KORAH passen sich mit ihren Konzepten einem Markt an, auf dem sie nicht einmal eine Überlebenschance haben: Sie können sich noch so sehr anbiedern, - die "Werbewirtschaft" wird auf Dauer kein Radio mit "Randgruppenimage" durchfüttern; dazu ist das Angebot an Werbesendezeit viel zu groß. Ein Konzept wie das von OK beruht sowohl auf politischem Opportunismus als auch auf betriebswirtschaftlicher Blauäugigkeit.

Die meisten Initiativen - VertreterInnen, die zu dem Treffen am 2. März gekommen waren, hörten sich den Vortrag über OK - Radio leidenschaftslos an; lediglich eine Gruppe von Einwanderern stellte ein eigenes Konzept vor: Sie wollten sich nicht darauf reduzieren lassen, kostenlos Informationen für die Profi - Reporter des Privatsenders zu liefern, sondern wollten ihre Belange in eigener Regie - autonomer Sendezeit - selbst vertreten. Schließlich leben in Hamburg 170 000 Einwanderer, 10 % der Bevölkerung, die in den Medien einfach nicht vorkommen.
Klaus Balzer besaß nun die Stirn, auszuführen, daß die Redaktion des Senders "autonom" arbeite - sich also von niemandem irgendetwas reinreden ließe, weder von ihren Geldgebern noch - und das im gleichen Atemzug - von Initiativen. Selbstbestimmte Sendezeit sei nicht drin, und außerdem sei er, als Redakteur, auch nicht zuständig: Die Einwanderer sollten sich doch bitte an den Programmbeirat wenden.



Die Redaktion ist völlig autonom - gegenüber Einwanderern

Um zu untermauern, wie ernst es ihm mit seiner eigenen Autonomie sei, erzählte er voller Stolz, daß OK bereits einmal für einen Beitrag trotz Drucks von der "Werbewirtschaft" - die ja die wahre Brötchengeberin ist - nicht zu Kreuze gekrochen sei: Wir sind gespannt, von wie vielen solcher Heldentaten unsere aufrechten autonomen Kommerzfunkredakteure noch werden berichten können.

FUNK

Die Gründungsgeschichte von OK

Am Anfang der Geschichte des OK - Senders stand Klaus Schulz, der Herausgeber von "Oxmox". Er entwarf zusammen mit Frank Otto, der aus dem Hause "Otto Versand" kommt, ebenfalls wie Klaus Schulz über einige Kohle verfügt und offenbar in der Hamburger "Musikerszene" steckt, ein Radiokonzept und gehörte zu den ersten, die sich in Hamburg um eine Lizenz bewarben. OK Radio wurde zweimal abgelehnt: Die erste Lizenz ging natürlich an Springers "Radio Hamburg" und nicht an Klaus Schulz, bei der Vergabe der zweiten Lizenz verlor Schulz ganz knapp gegen 107: Beide Sender, OK und 107, hatten dasselbe Konzept, 107 bekam aber im entscheidenden Moment noch eine Kapitalspritze vom Großverlag Bertelsmann und hatte die Sendelizenz damit in der Tasche.

Das war 1986.Von der HAM wurden 1987 zwei weitere Sendelizenzen vergeben,die gemäß dem Hamburgischen Mediengesetz an "gemeinnützige" Anbietergemeinschaften gehen sollten:Klaus Schulz sattelte also um auf Gemeinnützigkeit.

Die HAM schreibt den "gemeinnützigen" Sendern vor, daß sie nach einem "2 - Säulen - Prinzip" aufgebaut sind: Die Anbietergemeinschaft,welche "unterschiedlich ausgerichtete Kräfte umfassen" muß,

Das 2 - Säulenprinzip

überläßt das Radiomachen einer Betriebsgesellschaft. Sie hat nur durch den "Programmbeirat" Einfluß auf die Radioarbeit des Senders, denn dort muß sie die Stimmenmehrheit haben.

Radio KORAH war entstanden, indem eine Handvoll Initiativen und Vereine sich zusammengetan hatten, Vorstellungen von "ihrem" Radio entwarfen und sich dann Geldgeber suchten, die die Betriebsgesellschaft bildeten (und bereits pünktlich zum Sendebeginn im Januar die "gemeinnützigen Anbieter" eiskalt über den Tisch gezogen hatte.)

Bei OK Radio war die Entwicklung umgekehrt: Zuerst war da die GmbH - Schulz und Otto sowie anfangs noch ein Musikverleger - und die suchten sich dann ihre "gemeinnützige Anbietergemeinschaft". Klaus Schulz: "Während die anderen die Mücken sammeln, holen wir uns die Elephanten." Zu deutsch: Während KORAH von Gruppen wie Robin Wood, Graue Panther, BUND, DBV, Bund Deutscher Pfadfinder, LAG Film usw. getragen wird, hat OK zur Zeit folgende Anbieter: DGB, AOK, DAG, CVJM, Nordelb.-luth. Kirche, Ev. Jugend, Landesfrauenrat, Landesschülerkammer, Kampnagel, Fabrik Altona, ASB, Rieckhof Harburg; zu einem guten Teil also erheblich gewichtigere Institutionen.

Während bei KORAH hinter den Kulissen die Fetzen fliegen, weil die Anbieter ja eigentlich ein inhaltliches Interesse an "ihrem" Radio hatten, waren die OK - Anbieter im Regelfall vom guten Herrn Schulz gebeten worden, als Anbieter aufzutreten; zumindest, was den DGB und Konsorten angeht, haben sie mitgemacht, um dabeizusein, vielleicht noch zur Imagepflege, aber nicht, um ein Radio mit bestimmter politischer Ausrichtung aufzubauen.

Der Programmbeirat

Daß die Rolle der Anbietergemeinschaft von vornherein noch geringer sein sollte, als sie es bei KORAH schon ist, spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Programmbeirats wieder: Bei KORAH besteht er aus 6 Vertretern der Anbieter, 2 der Redaktion und einem der GmbH; bei OK ist das Verhältnis 6 : 4 : 2, wobei aus den 6 Vertretern der Anbieter der Vorsitzende des Beirats gewählt wird, und dieser Vorsitzende hat doppeltes Stimmrecht.

Da die 6 Anbietervertreter niemals eine einheitliche Position vertreten werden, kann keine Rede davon sein, daß die Anbieter irgendeine Kontrolle über den Sender hätten, wie es die HAM vorschreibt. So lange diese Anbieter DGB, AOK, Kirche usw. heißen, dürfte unsereinem dieser Sachverhalt allerdings auch kaum Tränen in die Augen treiben.

Viel komplizierter und zugleich offener kriminell ist das Geschiebe bei KORAH. Die Anbietergemeinschaft von Radio KORAH ist unter dem Druck der HAM als Verschmelzung von drei ursprünglich eigenständigen Anbietergemeinschaften, die sich um eine gemeinnützige Sendelizenz beworben hatten, entstanden: Rundfunkaktionsgemeinschaft (RAG), Radio Hummel und Kommunales Radio Hamburg e.V.. Die RAG war in sich bereits ein Zusammenschluß von 17 "Szene-" Vereinen verschiedenster Couleur, die anderen beiden Gemeinschaften bestanden aus Einzelpersonen und traten als "18. Verein" in die alte RAG ein; die Programmkommission, die die Radiokonzepte der Anbieter entwikkelte, und der Beirat, der die Umsetzung der Konzepte hätte überwachen sollen, werden immer zu gleichen Teilen aus dem "18. Verein" und der "alten" RAG, den anfangs 17 Vereinen, besetzt.

Im Spätherbst 87 wurde von der Anbietergemeinschaft der NDR - Umwelt - Profi Karsten-Uwe Piper als Chefredakteur eingestellt, wahrscheinlich auf Initiative seines "Busenfreundes" Hajo Spitzenberger vom Deutschen Bund für Vogelschutz und unter dem Beifall der HAM. Piper baute dann seine Profijournalistenredaktion auf; als die von den Anbietern entwickelten Konzepte Mitte Dezember verabschiedet werden sollten, legte Piper eigene auf den Tisch und sagte: Verabschiedet die oder ich gehe zurück zum NDR. Der Beirat akzeptierte, in der Hoffnung, "später" vielleicht noch das Konzept ändern zu können.



...MEHR FUNK...

Als KORAH vom eigenen Chefredakteur erpresst wurde

3 Stimmen, nämlich die des Korah e.V. (der "18. Verein") waren gegen Piper, die drei RAG - Vertreter für Piper: Der bereits erwähnte Spitzenberger, Klaus Schmitz von Terre des Hommes und Elisabeth Schneider vom "Geheim e.V." (Kulturverein im Karoviertel). Piper kam mit seiner Erpressung durch, weil die beiden Fraktionen der Anbietergemeinschaft sich nicht einig wurden. Die anfangs 17 Vereine der RAG standen zwar zu Beginn für die strikte Anbindung der Programminhalte an die Inhalte ihrer eigenen jeweiligen Arbeit; sie hatten aber zur Person und zum politischen Stil Pipers bereits keine einheitliche Meinung mehr, weil viele Vereine einen Imageverlust nach außen fürchteten für den Fall, daß Piper gegangen wäre.
Zweitens gab es noch von der Zeit vor dem erzwungenen Zusammengehen der drei Anbietergemeinschaften persönliche Animositäten und Mißtrauen: Offenbar besonders von der alten RAG gegenüber den "Einzelpersonen" des alten Korah e.V., die nicht Vertreter von Vereinen oder "eingebunden" in "Zusammenhänge" waren. Mit denen zusammen stimmte mensch nicht ab, mensch weiß ja nie, was die gerade planen. An solcher politischer Verbohrtheit, Blindheit und Vereinsmeierei lag es, daß der Beirat bei seiner einzigen wichtigen Entscheidung versagt hat.
Ähnlich unübersichtlich wie die Anbietergemeinschaft ist auch die Betriebs - GmbH. Sie besteht aus 5 Personen: Dem Musikverleger Klaus Königsmark (Spezialität: Filmmusik für NDR - 5 - Uhr - Familienserien); dem "Kaufmann" Alfred Narwark; dem Robin - Wood - Funktionär Volker Lange und Michael Franke von der Umweltakademie (Beide Organisationen sind übrigens auch in der Anbietergemeinschaft! Die "2 Säulen" sind also keineswegs streng getrennt); sowie Norbert Targan, der als Kopf des ganzen Unternehmens gilt: Targan ist Steuerberater, hängt aber in einer ganzen Latte von Unternehmen drin.
Aus der Anbietergemeinschaft haben sich schon reihenweise Leute zurückgezogen, auch zwei Vereine aus der RAG sind ausgetreten, die "Musikeropposition" und die "Bürgerinitiative Ausländischer Arbeitnehmer Wilhelmsburg". Die allgemeine Stimmung ist resigniert und verärgert. Die Musikeropposition hat einen Antrag bei der HAM gestellt, zu prüfen, ob KORAH nicht die Lizenz entzogen werden müßte; die HAM hat den Antrag abgelehnt. Weiter in die Offensive zu gehen, die vorgeschriebene Programmhoheit auch zu erkämpfen, dazu scheint die Energie nicht da zu sein.

Das Hamburgische Mediengesetz ist eines der unternehmerfreundlicheren in der BRD. Das oben beschriebene "2 - Säulen - Modell" gilt zum Beispiel in NRW für sämtliche Privatradios - nicht nur für eine spezielle Art, die dann "gemeinnütig " genannt wird. Ebenfalls zum Beispiel in NRW müssen die Sender 15 % ihrer Sendezeit solchen Vereinen, wie sie sich bei KORAH oder der von der HAM abgelehnten Anbietergemeinschaft FUNK e.V. zusammengetan haben, zur freien Verfügung stellen.

Doch auch das Hamburgische Mediengesetz weist ein - bescheideneres - Feigenblättchen auf: Den "Offenen Kanal".

Der "Offene Kanal"

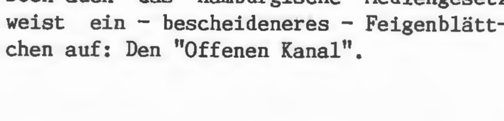
Demnäx - wann genau, weiß niemand - wird zweimal 3 Stunden pro Woche auf 95 Mhz von OK - Radio auf ein Studio umgeschaltet, das von der HAM höchstselbst betrieben wird. Im Offenen Kanal kann jeder kostenlos produzieren und senden; "sein Angebot gilt vor allem für diejenigen, die in anderen Medien nur unterdurchschnittlich zu Wort kommen." (Satzung des Offenen Kanals). Wer sendet, hat die rechtliche Verantwortung; trotzdem wird der Beitrag vorher von der HAM geprüft und kann "versagt" werden.
Ob der "Offene Kanal" interessant sein wird, läßt sich natürlich nicht voraussehen; wir sollten ihn auch massiv ausprobieren, ausreizen, wo die Grenzen sind und das eine oder andere zu Gehör bringen. Der Offene Kanal dürfte aber wohl kaum jemals eine inhaltliche Kontinuität erreichen können, denn er ist dazu da, daß jede(r) mal darf (umsonst) - und nicht etwa, um so etwas wie Gegenöffentlichkeit herzustellen. (HAM-Telefon: 37 31 36, Schauenburger Str. 47 - 49, 2 HH 1)
Wie beim Radio, soll es auch beim Privatfernsehen einen Offenen Kanal geben - wahrscheinlich nicht vor nächstem Frühjahr und ähnlch aufgebaut wie beim Offenen Kanal Radio. Laut HAM wird der Offene Kanal Fernsehen nur über Kabel zu empfangen sein; eine besonders originelle Verarschung: Denn der Offene Kanal wurde beschlossen, um die Vergabe von Sendefrequenzen an die Privatfernsehsender zu versüßen, die über Antenne zu empfangen sind ("terrestrische" Frequenzen, die nur eine regionale Reichweite haben): Bisher gab es Privat - TV so gut wie nur über Kabel, an das sich sehr wenige Leute anschließen ließen. Hamburg gehört zu den Tabubrechern, indem es den Privaten (Springers SAT 1, Bertelsmanns RTL und Tele 5 eines italienischen Medienkonzerns) über Antenne empfangbare Frequenzen zuteilt.
Der Abschnitt im Hamburger Mediengesetz, der die gesetzliche Grundlage für OK und KORAH lieferte, gilt übrigens entsprechend auch fürs Fernsehen. Gerüchteweise heißt es, daß zum Beispiel der KORAH - Geldgeber Königsmark schon immer eine Schwäche für TV hatte.Tatsächlich hat sich im Januar in Mümmelmannsberg ein Verein gegründet, der ein Stadtteilfernsehen aufbauen will (c/o Stadtteilbüro Heideblöck 20, 2 HH 74). The same procedure as last year?

Noch Hoffnung?

Während aber bereits das Stadtteilfernsehen ansteht, ist das Thema "gemeinnütziges" Kommunales Radio noch lange nicht gegessen. Es soll einzelne Mitglieder der HAM geben, die mit rot/grünen Promis und offenbar dem einen oder anderen aus dem Freundeskreis von Radio Hafenstr. darüber nachzudenken begonnen haben, ob sich nicht doch noch irgendwo eine kleine Frequenz finden ließe. Zumal es ja auch noch die (vor allem Einwanderer-) Initiativen des FUNK e.V. gibt und auch die KORAH - Basis entweder ausgetreten oder stinksauer ist, wäre doch zu überlegen, ob es nicht bald doch noch eine Chance gibt für ein freies, unabhängiges Radio - diesmal am linken Rand der Legalität.



Freies Radio ist frei von Werbung. Gar nicht so sehr deshalb, weil Werbekunden **direkten** Einfluß auf die Inhalte der Sendungen nehmen, auch nicht so sehr deshalb, weil die Freien Radios für das meiste, für das die Werbung im allgemeinen wirbt, gar nicht werben wollen; sondern in erster Linie deshalb, weil Werbung im Radio das Radio selbst zur Werbung macht: Radio, in dem geworben werden soll, soll andauernd laufen, damit sich die spots einprägen; die HörerInnen sollen nicht eine Sendung einschalten, um eben eine bestimmte Sendung zu hören, sondern sie sollen das Radio einschalten und dann unter anderem die Werbung hören; das Radio wird zur Werbung für die Ware "Werbezeit".
Ein Radio, das auf Werbeeinnahmen angewiesen ist, kann sich auf die dauer keine speziellen/experimentellen Sendungen (oder solche, die nicht technisch "perfekt" sind) erlauben; es muß sich auf die heute (nicht zufällig) bestehenden Hörgewohnheiten einstellen: Freies Radio will aber bewußt als Kommunikationsapparat gebraucht weden und nicht als Klangteppich, in dem sich Werbesprüche ohne aufzufallen einflechten lassen.



Zwei Beispiele für werbungsfreies Lokalradio:
Radio Dreyeckland (Freiburg) und LOkalRAdio (Zürich)



Vor 5 Jahren wurde in Zürich der Lokalsender Lora legalisiert, der seitdem kontinuierlich arbeitet. Zum 7. März dieses Jahres sollte in Freiburg Radio Dreyeckland eine Lizenz bekommen; aus verschiedenen fadenscheinigen Gründen darf RDL jedoch immer noch nicht legal senden.
RDL entstand vor 10 Jahren aus der Anti-AKW- Bewegung als ein transnationaler Piratensender (deutsch/französich/schweizerische Coproduktion) und sendet zur Zeit wöchentlich einen Abend aus einem legalen Studio in Frankreich. Gegen drei RDL-Aktive laufen Verfahren wegen illegalen Betriebes von Gegenöffentlichkeit. Wir stellen hier kurz die (sehr ähnlichen) konzeptionellen Grundgedanken der beiden Sender dar - nicht zuletzt, weil es auch für Hamburg an der Zeit ist, sich mit der Idee vom freien Radio anzufreunden.

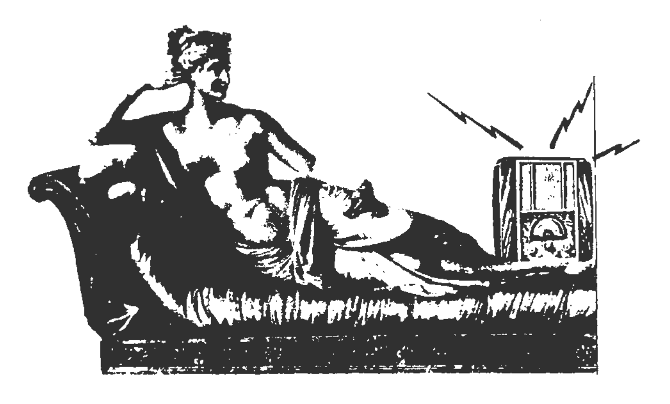
Freies Radio ist "ein ganz famoser Kommunikationsapparat." Das heißt:
- Alle Sendungen - Wort wie Musik - sind zum bewußt Hören gemacht, nicht zur Berieselung.
- Möglichst viele HörerInnen sind auch Produzenten und umgekehrt: es gibt nicht "die Journalisten", die "den HörerInnen" ein Programm vorsetzen.

Aus diesen Grundideen ergibt sich eine bestimmte Gestalt von Radios.
Nicht auf Werbeeinnahmen zu spekulieren heißt, den Etat des Senders von vorn herein so niedrig wie möglich anzusetzen. Die für ein Lokalradio unumgänglichen Kosten sind:
- Postgebühren für den Sender
- GEMA-Gebühren für die Musik, die gespielt wird
- Geräte, die so unkompliziert und billig wie möglich sind; RDL hat die Geräte aus Spendenaufrufen finanzieren können
- Strom, Miete, Materialkosten

Redaktionelle Arbeit wird prinzipiell nicht bezahlt; nach einer Anlaufzeit kann es möglich werden, Leute zu bezahlen, die koordinieren, organisieren, die Technik in Schuß halten. Diese Gehälter werden bei RDL nach dem sozialen Bedarf bemessen.
Die Einnahmen sind (außer Spenden und Festivaleinnahmen) Mitgliedsbeiträge. Die HörerInnen, die ihr Radio gut und wichtig finden, zahlen diese Beiträge (40,- bis 100,- DM) ungefähr so, wie sie auch GEZ-Gebühren für das öffentlich-rechtliche Radio zahlen (würden, wenn sie es mögen würden). RDL hat zur Zeit - noch vor dem legalen Senden! - 1.000 Mitglieder; daraus müssen 2.000 bis 3.000 werden, wenn sich der Sender tragen soll. Lora hat zur Zeit 4.000 Mitglieder.
Die Sendezeit der beiden Radios liegt bei 6 Stunden/Tag, und zwar nachmittags und am frühen Abend. Es wird nur soviel gesendet wie auch inhaltlich wirklich zufriedenstellend gestaltet werden kann. Zum Beispiel sollen nicht etwa nachts irgendwelche Musikbänder laufen - selbst, wenn die Musik besser ist als die der anderen Sender: Es kostet unverhältnismäßig viel GEMA-Gebühren. Das Programmschema setzt sich bei den beiden Sendern im wesentlichen aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

a) Eine einstündige tägliche Nachrichtensendung, die ausgesuchte aktuelle Themen - lokal wie international z.B. "3. Welt" - gründlich behandelt.
b) Eine tägliche Sendung mit Veranstaltungshinweisen, die eine Viertelstunde dauert und immer zur gleichen Zeit gesendet wird.
c) Eine tägliche Magazinsendung.
d) Sendungen, die von eigenständigen Teilredaktionen zu festen Terminen (wöchentlich, 14-tägig, 4-wöchentlich) gemacht werden: Internationalismus, Frauen, Schwule, Einwanderer, Musiksendungen (Specials: Independent, New Wave, Punk, Rock, Rockgeschichte, Liedermacher, intern. Folklore, Jazz, Blues, Chansons, Klassik, moderne "E"-Musik, Konzertberichte und Konzertvorschauen.
e) Gruppenradio: Etwa die Hälfte der Sendezeit wird von Gruppen gemacht, die nicht in der eigentlichen Redaktion mitarbeiten wollen, sondern regelmäßig zu festen Terminen (wöchentlich, 14-tägig, 4-wöchentlich) produzieren: Einwanderergruppen, "3.-Welt"-Gruppen, jegliche Initiativen... Die Gruppen sind dabei völlig autonom. Diese Sendungen im Gruppenradio wenden sich in erster Linie an bestimmte Hörergruppen, zum Beispiel Sendungen in anderen Sprachen als deutsch.

Zu den Zeiten, als RDL 6 Stunden am Tag sendete, waren in einem Monat ungefähr 100 Personen irgendwie an der Programmgestaltung beteiligt; natürlich gibt es immer einen gewissen Austausch: Neue Interessierte steigen ein, andere haben keine Lust mehr. Die entscheidende 'Klammer, die den ganzen "famosen Kommunikationsapparat" zusammenhält, ist eine Art selbstorganisierter Fortbildung. RDL organisiert Workshops, in denen "Neue" sich mit den Ideen des freien Radios vertraut machen, vielleicht neue Ideen für alte Probleme entwickeln und die Technik ausprobieren. Aus solchen Workshops sind zum Beispiel "Teilredaktionen" entstanden.
Freies Radio will nicht nur Informationen vermitteln, sondern in politische Entwicklungen eingreifen.
Freies Radio ist Aktionsradio: Schemata sind dazu da, gebrochen zu werden; wenn eine Demo oder sonst etwas ansteht, kann der Sender dabei eine wichtige Rolle spielen. Freies Radio will Hörgewohnheiten aufbrechen und verändern. Wortbeiträge und Musik halten sich ungefähr die Waage: Musik wird davon befreit, den Hintergrundklang für spärliche Wort beiträge abzugeben. "Die politische Leistung eines alternativen Lokalradios bestände darin, das Hören zu verändern, also den Gebrauch, der vom Radio gemacht wird, im Sinne einer Politik der Befreiung zu verändern." Musik und Wort dürfen sich nicht gegenseitig zerstören, sondern müssen beide für sich dastehen. Weder Musik noch Wort dürfen sich aus irgendeinem Lärm herausschälen, sondern beginnen aus der Funkstille heraus. "Nichts bezeichnet die Problematik, die ich hier andeute, so klar wie die Tatsache, daß heute im Radio die Pausenzeichen verschwunden sind. Es gibt nichts Einfältigeres als der Zwang, eine Sendung, einen Film usw. genau eine Stunde lang zu machen, eine Fernsehsendung zum Beispiel genau 58,5 Minuten, damit ja keine Unterbrechung im Programm entsteht, die den Zuschauer auf die Uhr blicken läßt."
JE WENIGER DAS PROGRAMM FLIESST, UMSO BESSER!!!!!!!





TIERSCHUTZ-ⒶKTIV-NORD

ZUSAMMENSCHLUSS FORTSCHRITTLICHER TIERSCHÜTZER-INNEN IN NORDDEUTSCHLAND; UNTERSTÜTZERGRUPPE DES AUTONOMEN TIERSCHUTZES

POSTFACH 111303, 2000 HAMBURG 11

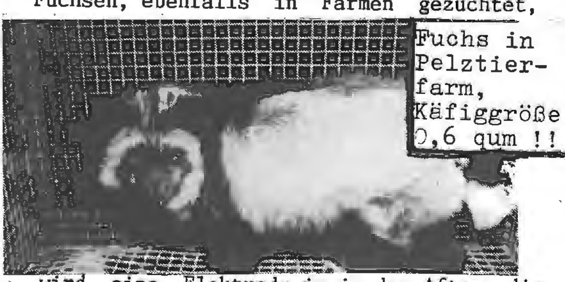
VEREINS & WESTBANK, BLZ 200 300 00
KONTO: 36/034 38
NEUES KONTO !!

TAN-eine Gruppe stellt sich vor

Vor ca. einem Jahr fiel einem kleinen Häufchen tierschützerisch aktiver Linker auf, was schon vielen anderen Menschen in der Sadt auffiel, nämlich, daß die hier ansässigen Tierschutzvereine nicht nur nutzlos, sondern auch noch anderen linken Bewegungen gegenüber völlig unaufgeschlossen sind. In Ablehnung TierTantenorientierter Vereine und "autonomer Märtyrer" la Andreas Wolff gründete sich TAN.

"Wir treten ein für eine befreite Gesellschaft, auf dessen Wege die Befreiung der Tiere nicht vergessen werden darf.
Die Abschaffung aller Tierversuche und der Massentierhaltung, verbunden mit dem Vertreten eines offensiven Vegetarismus, die Abschaffung und Zerschlagung des Pelztierhandels und der Kürschnermafia, die Anprangerung aller Macht- und Herrschaftsinteressen gegen und mit Tieren, sowie die Zerschlagung der Jagdgesellschaft sind unsere Aufgabenfelder.
Zusammenhänge zu anderen linken Bewegungen werden von uns aufgezeigt und durch Bündnisse untermauert.
Tierschutz-Aktiv-Nord versucht durch legale Aktionen (bezogen auf BRD-Gesetze) für diese befreite Gesellschaft zu kämpfen. Dabei solidarisieren wir uns vollständig mit dem Autonomen Tierschutz und versuchen durch intensive Öffentlichkeitsarbeit die Ziele und Aktionen des Autonomen Tierschutzes transparent zu machen. Wir erklären uns mit allen Widerstands- und Aktionsformen, bei denen das Leben von Mensch und Tier nicht gefährdet wird, solidarisch."

TAN hat bereits mehrere Aktionen erfolgreich durchgeführt (Störung der Senatsjagd - die jetzt nicht mehr stattfindet - ; Blockade der Lusthansa; Störung des deutschen Jägertages; Ankettung im Gestänge der automatischen Rinderspaltanlage (Leistung: 80 Rinder pro Stunde) & Straßentheater gegen Pelze; in der Innenstadt).
Außerdem hat der Aufbau eines Informationsdienstes stattgefunden, über den Bücher, Schallplatten und Dias zu bekommen sind. Schon länger im Schanzenviertel, haben wir nunmehr beschlossen, zusammen mit anderen Gruppen in den ehemals besetzten Häusern der Schanzenstraße 41 a einen Laden zu eröffnen, um dort durch unsere Arbeit unsere unsere Solidarität mit der BesetzerInnen-Bewegung auszudrücken.
Uns sind im Viertel Dinge aufgefallen, zu denen schon länger einige Äußerungen fällig sind. Zum einen der Abzug des Pelztiermörders aus der Bartelsstraße, den wir sehr begrüßen (den Abzug, nicht den Mörder), angesichts des Elends, das mit der "Pelzgewinnung" verbunden ist. Hier zum Beispiel der Nerz.
Für 1 Mantel sterben qualvoll durch Autoabgase oder Genickbruch 40-60 Nerze.
Nicht anders ergeht es Iltisen, Nutrias, Chinchillas, Katzen, Hamstern und Kaninchen. Tötungsarten von Menschen erdacht, damit das Fell nicht beschädigt wird.
Füchsen, ebenfalls in Farmen gezüchtet,

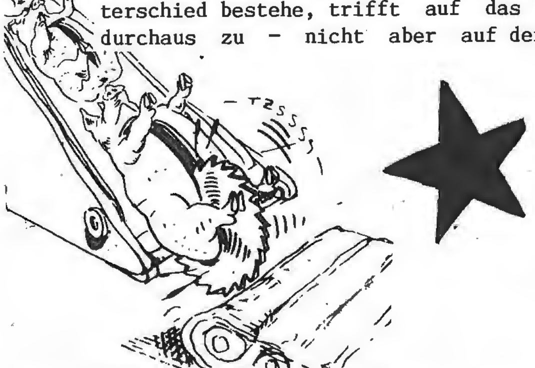


Fuchs in Pelztierfarm, Käfiggröße 0,6 qum !!

wird eine Elektrode in in den After, die andere in die Schnauze gesteckt. Nach einem Stromschlag soll das Tier dann tot sein.

EIN AUSFÜHRLICHES FLUGBLATT GEGEN PELZ LIEGT VOR - BITTE ANFORDERN ! ! !

Zum anderen der Schlachthof und seine Folgeindustrie, die hier im Viertel enormen Platz einnehmen. Künstliche Därme, Pansen, Schlachtermesser, Schlacht-High-Tech, alles gibt's hier zu kaufen. Abgesehen vom Gestank spielt auch die mörderische Kapitalansammlung eine enorme gesamtpolitische Rolle. "Das von den Leichenfressern ständig Erhobene, daß zwischen Mensch und Tier ein Unterschied bestehe, trifft auf das Leben durchaus zu - nicht aber auf den Tod.



Angst und Schmerz kennen die Grenzen der Intelligenz nicht, sie sind für ein Tier offensichtlich nicht geringer als für einen Menschen .
Fleisch ist aber nicht nur schuld am Tod von Tieren, sondern auch am Tod von Menschen .
Für die Ernährung von Opfertieren in der "1. und 2. Welt" werden millionen Tonnen von Nahrungsmitteln aus Entwicklungsländern, Ländern in denen Hunger herrscht, eingeführt. Nicht nur weil sie billiger sind , sondern auch, weil die EG-eigenen Überschüsse nicht ausreichen würden, die Massen von Tieren zu ernähren.

Das "Bauernblatt" sagte dazu: "...würde das Getreide nicht veredelt, stünde der Weltbevölkerung pro Kopf und Tag 1 Kg Getreide zur Verfügung. Dann bräuchte niemand mehr zu hungern."



Auch mit Umweltproblemen versorgt uns die Aasindustrie reichlich: Einsatz von Pestiziden auf den Futtermittelfeldern der "3. Welt", Abholzung der Regenwälder zur Schaffung von Weidegründen und nicht zuletzt in Europa Vergiftung der Umwelt durch die massenhaft anfallende Gülle, die nach einer neuen Theorie auch über die Verdunstung des in ihr enthaltenen Ammoniaks mitschuldig an der Entstehung des sauren Regens sein soll.
Umso schlimmer insofern, als daß das Essen von Tierleichen für den Menschen nicht nur nicht notwendig, sondern sogar schädlich ist. Krankheiten wie Gicht und Herzinfarkt usw. sind auf den zweifelhaften Genuß von Kadavern zurückzuführen.
Wenn die Fleischindustrie uns vollends ausgenutzt hat, und wir vor Gicht nicht mehr krabbeln können, ist die Pharmaindustrie mit dem Verdienen dran: Massen an Medikamenten (an Versuchstieren erprobt) werden in uns hineingepumpt, bis wir endgültig verrecken - CAPITALISM AT IT'S BEST ! ! !
Die Alternative dazu? Der "Bio-Schlachter" mit Fleisch aus garantiert "biologisch-dynamischen Anbau" (mit LIEBE geschlachtet), bei dem sich die Frage aufdrängt, für wen eigentlich die Vorteile bestehen: für das "human getötete & artgerecht gehaltene" Tier oder für das Ego Mensch, welches ohne Pharma- und Schwermetallbelastung seinen mörderischen Gelüsten nachkommen kann?
TAN verhält sich dazu vegetarisch. Solange sich das Verhältnis der Menschen zum Schwächeren generell und zum Tier im Besonderen nicht grundlegend ändert, wird sich auch unsere Gesellschaft nicht verändern. Autonome TierschützerInnen haben hierzu schon mehrfach Aktionen im Viertel durchgeführt (Autos abgebrannt, Scheiben eingeschmissen usw.). In Folge werden wir unsere legal-gewaltfreie Ebene verfolgen und weiterhin Öffentlichkeit schaffen.

Mit kämpferischen Grüßen TAN



Betr.: "Leichenshow"

Ich erkenne eurewn guten Willen, eine Verarschung zur Schlachthoferöffnung zuschreiben ja an, auch wenn mir angesichts der mörderischen Futtermittelindustrie, welche eine der eigentlich weltbeherrschenden, über Freiheit oder Unterdrükkung in der "3. Welt" entscheidenden Industrien ist, das Lachen vergehen kann. Ich hätte mir aber etwas mehr Mühe gewüscht, so daß die Verarschung auch als eine solche zu erkennen wäre.

ELMAR G.



"Leichenshow, die Zweite...."

Ein vielversprechender Titel und gute Fotos, denen die Brisanz durch einen, nicht einmal mehr ironisch zu nennenden, Artikel genommen wird. Mensch kann sich nur fragen, ob beim Neuen Schanzenleben Leute sitzen, die es nötig haben, die PR-Ergüsse der Senats- und SchlachthofmacherInnen zu übernehmen.
Angesichts der wirtschaftlichen Brisanz des Schlachthofes und seiner Bedeutung für's (Fleisch-Überproduktion, Futtermittelimporte, von denen mensch problemlos die hungernden Menschen in der "3. Welt" ernähren könnte etc.) ist es erstaunlich, in einer fortschrittlichen Zeitung wie der euren, so ein Geschreibsel zu finden. Counter oder uninteressiert oder -informiert heißt wohl die Frage. Mensch muß nicht einmal VegetarierIn sein, um gegen Schlachthöfe - als Ausdruck menschen- und tierverachtender Politik - zu sein. Lohnausbeutung von Ungelernten für die Drecksarbeit, welche euer 250 gr. Schnitzel erst ansehlich macht.
Naturzerstörung durch Gülleseen von Mastfarmen, die bleiches, wässriges und Pharmaverseuchtes Fleisch auswerfen. Schade um die freie Fläche, die Ihr noch hattet, das Ihr Leute in der Redaktion habt, die so blind sind o.g. zu übersehen.

Mit besten Wünschen zur
Besserung, ein Mensch



NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN

Viele Spekulationen über die derzeitige Situation Nicaraguas gab es anläßlich der EG-Außenministerkonferenz in Hamburg. Über das Für und Wider von Verhandlungen mit der EG und über den sog. Friedensplan "Esquipulas II" wurde diskutiert. Viele sehen in den weitgehenden Zugeständnissen der FSLN an die Opposition und in den Verhandlungen auch mit den rechtesten europäischen Regierungen eine klare Kapitulation und einen Verrat an der Revolution.
Um zu einer einigermaßen realistischen Einschätzung zu kommen können uns m.E. Briefe von "drüben", geschrieben von InternationalistInnen, die seit einiger Zeit in Nicaragua arbeiten hilfreich sein.
Die Beschreibung der Kriegssituation, der wirtschaftlichen Krise und der Stimmung innerhalb der Bevölkerung machen deutlich, unter welchem Druck Nicaragua steht und wie versucht wird, die Revolution zu verteidigen.

Das ist einfach Wahnsinn

"...Würde man nicht dauernd die Schüsse hören oder wie heute nacht drei Stunden Artilleriegefecht oder wie vorige Woche ein versuchter Contra-Überfall auf unser Dorf von zwei Gruppen gleichzeitig, wäre das nicht, dann könnte es fast romantisch sein hier. ..." - "...Nur der Krieg ist schon ständig da, jedenfalls hier oben in der sechsten Region, und die Leute sind kaputt davon, müde, angestrengt. LOW INTENSITY WARFARE erreicht da schon ganz gut ihr Ziel, auch mit den riesigen materiellen Belastungen, wodurch Wichtiges dann wieder überall fehlt. Und 50.000 Tote bei 3-4 Millionen Einwohnern, das ist einfach Wahnsinn. Aber anderseits wissen die Leute hier weitgehend auch, warum das so ist, haben nicht den Haß auf die Sandinisten, sondern auf Yankees und Contra.
Als ich hier ankam, war ich erst mal ziemlich erschrocken über die hohe Inflation, alles 10mal so teuer wie vor einem Jahr. Vor drei Wochen haben sie dann eine Währungsreform gemacht und innerhalb von drei Tagen im ganzen Land alles Geld umgetauscht. Aus 1.000 Cordobas wurde einer, außerdem neue Festpreise und Löhne. Daneben laufen viele Aktionen gegen den Schwarzhandel, der eine große Belastung ist. Die Händlermafia hat meist einen direkten Draht zur Contra...."

(Ein Baubrigadist aus Hamburg)

Nie die Kraft verlieren, zu kämpfen

"...Jetzt sitze ich gerade bei Kerzenschein, denn mal wieder gibt es keinen Strom - schon seit Tagen. Für die Arbeit ist das total beschissen. Vieles muß liegen bleiben, bis die Maschinen wieder laufen."
"...als er abends zurückkam (ein vierzehnjähriger Lehrling), war ich schon froh. Regine traf ihn, als er gerade in Guinea unversehrt ankam: in Zivil, aber mit zwei Handgranaten unter'm Hemd; wenn die Contra ihn unterwegs angreifen sollte, wollte er wohl wenigstens ein paar von denen mitnehmen können. -
Ja, immer wieder komme ich beim Schreiben auf den Krieg zurück und es ist unmöglich, anders zu schreiben."
Hab gedacht, daß allein dieses toten Companeros wegen ich nie die Kraft verlieren will zu kämpfen, sie nie verlieren darf und wir alle, die von diesen Verbrechen wissen, niemals so tun können als würden wir es nicht wissen oder als hätte es nichts mit uns zu tun."

(Eine Ausbilderin aus Hamburg in einem Landmaschinenprojekt im Süd-Osten Nicaraguas)

Die komplizierteste Phase der Verteidigung der Revolution

"...Wir sind in einem ständigen Diskussionsprozeß über die möglichen Zukunftsperspektiven Nicaraguas und versuchen gleichzeitig, die Gegenwart einigermaßen realistisch einzuschätzen...."
"...Zur gegenwärtigen Situation: Nach wie vor ist Diplomatie angesagt und Nicaragua versucht, noch so viel wie möglich Rückendeckung aufzubauen. Patricia Elvir, Leiterin des CNSP (comite nicaragüense de la solidaridad con las pueblos) meint dazu in einem Gespräch mit bundesdeutschen BrigadistInnen:

* Nicaragua ist momentan in der kompliziertesten Phase der Verteidigung der Revolution
* Um die Revolution in Nicaragua fortführen zu können, muß erstmal der Krieg aufhören, weil dem nicaraguanischen Volk nicht weiterhin soviele Tote und Verletzte zugemutet werden können und weil die nicaraguanische Wirtschaft kurz vor dem Zusammenbruch ist.
* Es gibt bisher kein einziges Land in Westeuropa, daß gegenüber der militärischen Aggression von Seiten der US-Regierung gegen Nicaragua eine klare politische Position bezieht. Die sind das ja nicht einmal bei eigenen, ganz existenziellen Bedrohungen, wie z.B. der Stationierung der Raketen in Europa.
* Ortegas Reise nach Europa ist natürlich als Versuch zu sehen, den Preis für Reagans Vernichtungspolitik höher zu schrauben. D.h. mehr und mehr der Fraktion, die in der militärischen Aufrüstung die Lösung des mittelamerikanischen Konflikts sieht, die Basis zu entziehen.
* Wir wissen, daß die Kräfte, die in den Friedensverhandlungen mitmischen, wie z.B. auch die Sozialistische Internationale, für ihre Unterstützung in den Verhandlungen gegen den Krieg ihren politischen Preis fordern. Auch sie wollen dominieren. Aber wir ziehen den Kampf auf der politischen Ebene vor, der stattfindet auf den Straßen, auf den Kooperativen, in den Betrieben und wo auch immer, durch zu leistende politische und praktische Überzeugungsarbeit und der uns nicht die täglichen Toten und Zerstörungen des Krieges bringt.
* Das Ziel der nic. Regierung ist, auf jeden Fall die Regierungszeit Reagans zu überleben.
* Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, daß sie uns den Haupttreffer verpassen und dazu ist Flexibilität nötig. Ein kleinster Fehler auf diplomatischer Ebene kann uns momentan das Rückrat brechen.

Sollte die Diplomatie jedoch scheitern, dann -so Patricia- wird die Parole `todo para la o - so Patricia - wird die Parole `todo para la guerra´(alles für den Krieg) aktuell.
Patricia führte das so aus, daß dann mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln so schnell wie möglich die militärische Lösung herbeigeführt werden müsse. Nicaragua würde sich dann von einer 50 %igen in eine 100 %ige Kriegswirtschaft verwandeln.

* aus einigermaßen aussichtloser Situation heraus, alles auf eine Karte zu setzen, und zwar letztlich auf die `verbliebene eigene Stärke´-und dies alles nach Jahren von andauerndem Zermürbungskrieg.
* verschärfte Kokntrollen in allen Bereichen des nic. Innenlebens. z.B. würde die Verteilung - anders als momentan - schärfer kontrolliert und staatlich gesteuert werden.
* verschärfte Mobilisierung für´s Heer und die Reservebataillone
* Zurückdrängung der sich jetzt mehr und mehr artikulierenden `Internen Opposition´ ...."

"...`si cumplen - se van! si no cumplen - se van! (wenn sie die Verträge erfüllen, müssen sie abtreten, wenn sie die Verträge nicht erfüllen, müssen sie ebenfalls abtreten!). Dies ist eine weitverbreitete Parole der Contra. Es geht der US-Administration und ihren Lakaien in der Coordinadora Democratica(CDN) und der militärischen Contra nur um eins: Alle Übereinkünfte müssen dazu führen, daß die FSLN verschwindet. Vorher werden die USA keine Ruhe geben. Diese Parole drückt eigentlich genau das aus, was wir an ESQIPULAS II kritisieren: Demokratisierung nach westlichem Muster bedeutet `Weg mit der Frente´.
Aber, wie Patricia meinte: der politische Kampf gegen diese "Demokratisierung", dem will sich die Frente gerne stellen, wenn damit endlich dieser verdammte Krieg aufhört."

(Ausbilderin in einer Elektrowerkstatt in Masaya)

Ich denke gerade diesen letzten Teil sollten wir nicht vergessen, wenn jetzt von Friedensverhandlungen und Waffenstillstand die Rede ist.

NO PASARAN !



'Die Sicherheit tötet das Leben'

Ortega Y Gasset

Es gibt einen Zusammenhang zwischen wachsender Widerstandsbereitschaft in der Bevölkerung und staatlicher Unterdrückung. Die Tendenzen vorbereitender und repressiver staatlicher Maßnahmen und Strategien gehen dahin, prinzipiell Widerstand Leistende zu erfaßen und zu kriminalisieren. Nicht nur im Bereich der "Terrorismusbekämpfung", die häufig als Begründung und Vorwand für Gesetzesverschärfung herhalten mußte, auch gerade im Zusammenhang mit Massenprotesten und sozialen Auseinandersetzungen werden die staatlichen Strategien und Taktien angewandt.
Die Überlegung zu neuen Sicherheitsgesetzen und Konzepten liegen einer durchaus realistischen Gesellschaftspolitischen Einschätzung zugrunde:
Durch eine Verschärfung der Probleme vor allem im Bereich der Umweltzerstörung, der Arbeitslosigkeit, neue Großtechnologien, bei gleichzeitiger Verengung des ökonomischen und des politischen Spielraums, rechnen die Herrschenden mit einer steigenden Widerstandsbereitschaft der betroffenden Bevölkerung. Schon seit Mitte der 60ziger Jahre werden von den Sicherheitsexperten, nicht nur der Brd, sondern von allen westlichen Staaten, neue Ansätze zur Aufstandsbekämpfung entwickelt. Sie beziehen sich dabei auf ihre Erfahrungen, die sie (z.B. England in Indien oder USA in Vietnam) in militärischen Auseinandersetzungen gesammelt haben. Dazu der frühere BKA-Präsident Herold: (Referat,"strategische Überlegungen zur Sicherheitslage,1978")

Zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte findet auf dem Erdball kein großer Krieg mehr statt. Dagegen ist der Kleinkrieg, Volkskrieg, die innerstaatliche Auseinandersetzung, zum heute üblichen Austragungsmittel der Konfliktlösung geworden. Im Bewußtsein der Massen wird diese Veränderung weltweit von einer moralischen Umbewertung begleitet. In der moralischen Achtung tritt anstelle des Soldaten der Revolutionär.
Und zu Westeuropa und der BRD:
"Es wäre höchst gefährlich anzunehmen, daß der Prozeß der Revolutionierung Europas nicht eingeleitet werden könnte.... Es würde von einem Mangel an Vorstellungskraft zeugen, wenn in den restlichen Teilen Europas oder gar in einer durch Ringsrum -entwicklungen isolierten Bundesrepublik, die beschriebenen Entwicklungen für ausgeschlossen gehalten würden. Als Möglichkeit, und dann in ihren Entwicklungslinien vorgezeichnet, müssen sie in den auf Abwehr gerichteten Überlegungen schon jetzt real existieren."
Die Anwendung ihrer Strategien hängt von verschiedenen Faktoren ab:

- Zahlenmäßige Stärke des "Gegners", politische Situation, Anwesenheit von Presse, Örtlichkeiten, Polizeistärke etc.
Bei den Demonstrationen im Ruhrpott gegen die massive Arbeitsplatzvernichtung glänzte die Polizei durch Abwesenheit, während bei der letzten Demo in Hamburg zur Außenministerkonferenz ganze Stadtteile mit weißen Helmen gespickt waren.

Einige Maßnahmen des Systemschutzes:

1) Personeller, finanzieller und technologischer Ausbau aller Sicherheitsorgane (Polizei, BKA, LKA, Bundeswehr, Technischer Hilfsdienst etc.)
2) Erhebliche Aufstockung des polizeilichen Waffenarsenals(Gummi-,Holz knüppel, Gummigeschosse, Hochdruckwasserwerfer, CN und CS Gas, etc.)
3) Einrichtung von polizeilichen Vorkontrollstellen, um zu erwartende "gewaltätige Ausschreitungen" zu verhindern. Alle die an einer Veranstaltung oder Demo teilnehmen, können kontrolliert ,identifiziert und gegebenenfalls nach "Waffen" durchsucht werden, wobei bekanntlich auch Schutzkleidung wie Helme und Halstücher als sogenannte passive Bewaffnung gelten und beschlagnahmt werden.
4) Bürgerkriegsähnliche Aufmärsche der Polizei mit einem umfangreichen Arsenal an Einsatzmitteln.
5) Dezentral, frei operierende Polizeigruppen bei Demonstrationen, weitgehend unabhänig, um mal mit harten brutalen Ausfällen, oder provozierenden Einsatz zu reagieren oder zu provozieren.
6) Das Einsetzen von Undercoveragents(getarnte Beamte) und Agents Provocateurs(Lockspitzel).
7) Schleppnetz - und Rasterfahndung
8) Videoüberwachung, maschinenlesbare Personalausweise und Reisepässe
9) Kronzeugenregelung
10) Verschärfung der Sicherheitsgesetze

Ende Februar gingen in den Gesetzesgebungsgang:

1) Einführung einer Strafvorschrift gegen die "öffentliche Befürwortung von schweren Straftaten" (& 130-StGB)- Mord , Völkermord, schwerer Landfriedensbruch u.a.) mit bis zu 3 Jahren Haft oder Geldstrafe.
Z.B. könnte die Öffentliche Diskussion um die Hintergründe der Demostration vom 29.2. und ein dabei geäußertes Verständnis über die Militanz,als solche "öffentliche Befürwortung" gewertet werden.

2) Einführung eines strafrechtlichen Verbots der Vermummung. Danach wird mit bis zu einem Jahr Haft oder Geldstrafe belegt, " wer in einer Aufmachung, die geeignet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern an öffentlichen Versammlungen unter freien Himmel, Aufzügen oder sonstigen öffentlichen Versammlungen teilnimmt oder sich auf dem Weg dorthin oder im Zusammenhang damit zusammenrottet."

3) Verschärfte Auflagen für Demoanmeldungen in & 14a Versammlungsgesetz wird die Teilnahme an einem behördlich festgesetzten Erörterungstermin für Demoanmelder/innen zur Pflicht gemacht, wo sie detalliert Auskunft geben sollen, über Umfang und vorgesehenden Verlauf und quasi zur Zusammenarbeit mit der Polizei verdonnert werden. Nichtteilnahme wird mit Bußgeldern belegt.

4) Einführung der Vorbeugehaft durch Erweiterung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr auf " (schweren) Landfriedensbruch" (&112 StPO/Strafprozeßordnung)

5) Einführung eines besonderen Straftatbestandes für Blokadeaktionen bei Demos.

6) Einführung besonders schwerer Fälle der Störung öffentlicher Betriebe(&316StGB) z.B. bei Streiks bei der Post, Bahn etc. Strommastenaktionen, mit einer Verdoppelung des Strafmaßes auf 10 Jahre Haft.

7) Ausweitung der polizeilichen Einrichtungsmöglichkeiten von Kontrollstellen (§111STPO), mit der Pflicht jedes Bürgers zur Identitätpreisgabe und Duldung von Durchsuchungen, unabhänig von einem Tatverdacht.

8) Einführung der sogenannten Kronzeugenregelung.

9) Verabschiedung sämtlicher sogenannter Sicherheitsgesetze in Verbindung mit vereinheitlichen Länderpolizeigesetzen. Z.B. der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel durch die Polizei und damit geheimpolizeilicher Methoden sollen legalisiert werden.

Seit dem 1. Januar 87 in Kraft:

1) der Presse/Medien -Zensur §130aSTGB (Anleitung zu Gewalttaten)

2) die Erweiterung des Begriffs der terroristischen Vereinigung um die Strafbestände:
a) gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr.
b) Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel (z.B. Baumaschinen)
c) Störung öffentlicher Betriebe

3) Erweiterung und dadurch Zentralisierung der Strafverfolgungzuständigkeit des General bundesanwalts.

4) die Legalisierung des Direktzugriffs der Polizei auf die Flensburger Autosünderkartei.

Seit dem 1. April 87 in Kraft:

1) der maschinenlesbare Personalausweis als technisches Massenkontrollmittel,

2) die Legalisierung der Schleppnetzfahndung (§ 163STGB)

Ein weiterer wichtiger Punkt im der Sicherheitskonzeptentwicklung ist der "Terrorismusbegriff". Die publikumswirksame Hetze des Terrorismusvorwurfes hat die Funktion von den wahren Gefahren und Risiken der Gesellschaft abzulenken. Die herrschende Politik und der Profit sollen geschützt werden, indem der Terrorismusvorwurf auf ihre Gegner projeziert wird, die dann auf diesem Weg kriminalisiert, isoliert und handlungsunfähig gemacht werden sollen. Beispiele dafür sind die Kriminalisierungen der Anti-AKW-Bewegung und Gegner/Innen der Gentechnologie, Bevölkerungspolitik und der Humangenetik. Kurzerhand werden sie zu Terrorist/Innen "befördert". So wurde auch jüngst mit Ulla Penselin und Ingrid Strobel verfahren.

INTERVIEW MIT DEM GENARCHIV



Am 18.Dezember 1987 durchsuchte die Bundesanwaltschaft das "Genarchiv" ohne sichtbaren Anlaß. Warum interessiert sich die Bundesanwaltschaft plötzlich Ende '87 für euch, zumal Ihr schon seit 1985 zu dem Thema der Gen- und Reproduktionstechnologie arbeitet?

Im Nachhinein gehen wir davon aus, daß man sich seit 1986 für uns interessierte. Damals erschien in der "Neuen Ärztlichen Zeitung" ein Artikel, der sich auf die sicherheitspolitischen Nachrichten der Regierung stützte. Unter der Überschrift "Der Forschung drohen Anschläge" wurde über das damalige "Genarchiv" in Duisburg berichtet und es wurde ein Schwarzbuch erwähnt, welches Hamburger Frauen herausgegeben hatten. In dem Buch werden Gentechnologen und Humangenetiker namentlich aufgeführt. Fazit des Artikels war, daß diese Frauen sich nicht nur mit den Chancen und Risiken der Gentechnologie beschäftigen, sondern diese radikal ablehnen würden. Diese Vermutung und die Erkenntnisse der Polizei würden zeigen, daß diese Frauen eine Entwicklung in Richtung Militanz machen würden.

Das war der erste Hinweis eines staatlichen Interesses an uns, das sich mit den Hausdurchsuchungen im Dezember sehr konkret zeigte. Das zweite, was den Zeitpunkt kurz vor Jahreswechsel anbelangt, ist das Erfolgsproblem der Polizei. Mit den zwei verhafteten Frauen konnte endlich etwas vorgezeigt werden. Gleichzeitig konnte durch die Feiertage an Weihnachten und Neujahr eine Stille um diese Aktion der Polizei gewährleistet werden. Das war bestimmt ein ganz geschickter Zug des BKA.

Ulla Penselin wurde in Hamburg verhaftet, wohl auf Grund ihrer kritischen Arbeit zur Gentechnologie. Ingrid Strobl, die in Köln verhaftet wurde, wird von der BAW vorgeworfen, sie wäre an einem Anschlag gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung beteiligt gewesen. Wie ist das inhaltlich zusammenzubringen?

Die Zeitgleichheit der Hausdurchsuchungen und Verhaftungen läßt nicht unbedingt einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen den Verhaftungen in Köln und Hamburg herstellen. Viel mehr entscheidend ist, daß bei den Anklagen mit einem ähnlichen Muster vorgegangen wurde: dort werden legale Diskussionszusammenhänge benannt, die es auch gibt. In diese Diskussionszusammenhänge werden dann illegale Strukturen hineininterpretiert und einfach in einen Zusammenhang mit illegalen Aktionen gebracht. Es ist nicht entscheidend, daß die Themen sich bei den Verhaftungen unterscheiden, sondern daß in beiden Fällen von der BAW mit ähnlichen Methoden Leute kriminalisiert werden.

Bis auf die Durchsuchungen in Köln wurden bei der BKA-Aktion hauptsächlich Frauen getroffen. Ist die feministische Arbeit bei dem Thema Gentechnik an eine Grenze gestoßen, wo sie den zugedachten individuellen Bereich verläßt und staatsgefährdend wird? Wie schätzt ihr diesbezüglich Eure Arbeit ein?

Man muß sehen, daß sich bei der Diskussion um Gen- und Reproduktionstechnologie etwas entwickelt hat. Seit einem Kongress 1985 in Bonn hat es jedes Jahr bundesweite Treffen zu dem Thema gegeben und es hat sich eine funktionierende Struktur innerhalb der Frauenbewegung gebildet, nicht nur bundesweit, sondern auch international. Im FINRETSCH-Netz ist der Widerstand von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien international organisiert. Zudem hat das Thema weit über die Bereiche der klassischen linken Frauenbewegung hinaus an Bedeutung zugenommen. Radikale Positionen sind dabei nicht nur in der autonomen Scene zu suchen, sondern auch bei gewerkschaftlich organisierten Frauen oder innerhalb der Kirche. Radikal heißt: Wir lehnen die Gen- und Reproduktionstechnologie eindeutig ab und sagen nicht, wie etwa die Grünen, nach einem fünfjährigen Forschungsstopp solle beurteilt werden, was gut oder was schlecht an dieser Technologie sei und daß jenachdem in bestimmten Bereichen weitergeforscht werden könne. Wir sagen, die Gentechnologie ist grundsätzlich abzulehnen, und wir kämpfen auch dafür, daß diese Position in Frauenköpfe reingeht.

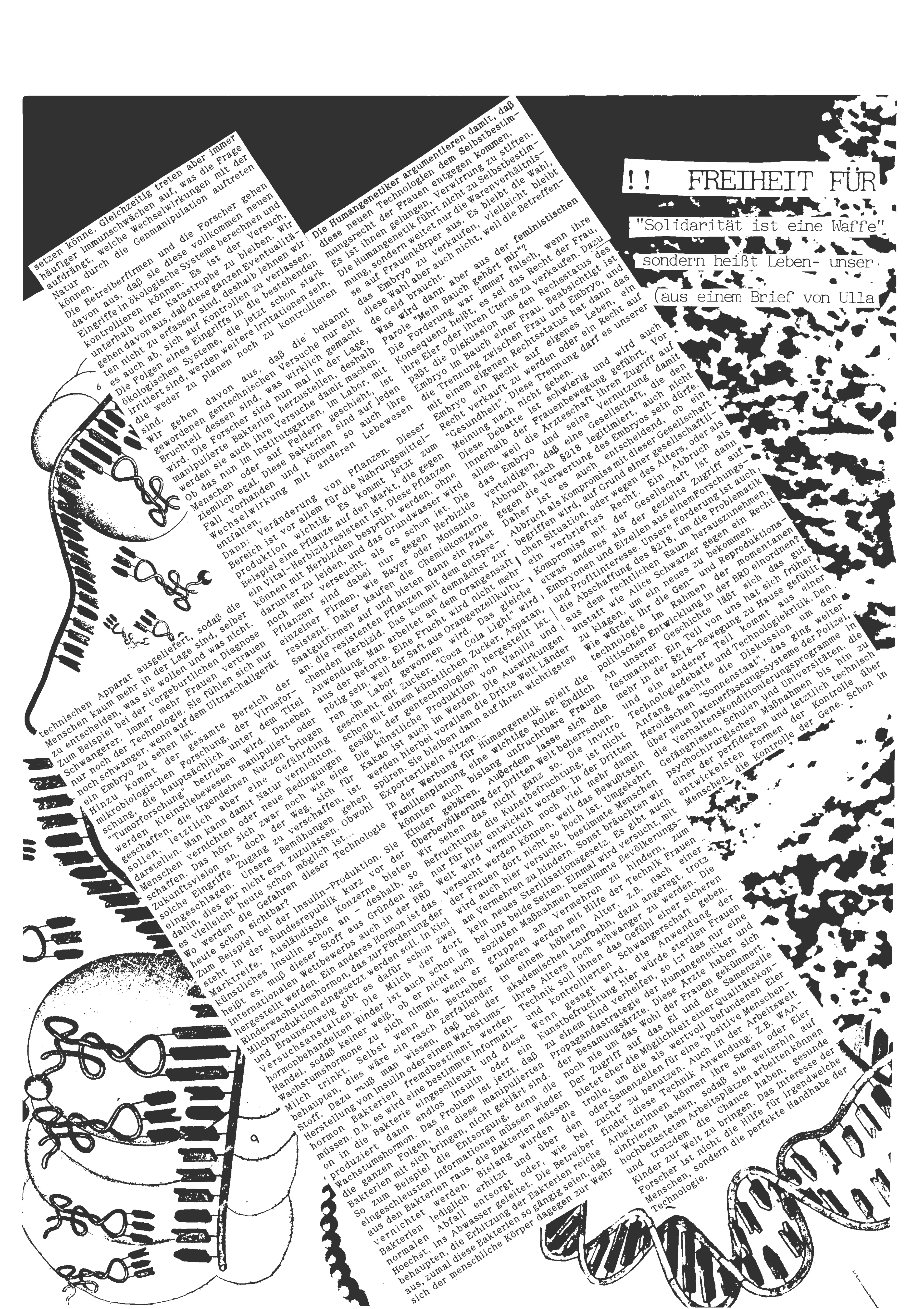


Warum ist diese Technologie für den Staat so wichtig und was macht diese Technik nach eurer Auffassung so gefährlich?

In einem sehr großen medizinischen Bereich, der sich hinter dem Begriff der Humangenetik verbirgt, bietet sich die Möglichkeit einer vorgeburtlichen Selektion an. In bestimmten, scheinbar akzeptablen, Fällen wird dies auch schon heute gemacht. Vorgeburtlich wird hier zwischen Behinderung und Gesundheit unterschieden und entschieden, sodaß Frauen zu einem Abbruch der Schwangerschaft geraten wird, oder ihnen empfohlen wird, nicht schwanger zu werden. Mit Hilfe der Gentechnologie läßt sich diese Methode weiter ausdehnen, und was sich heute gegen behindertes Leben richtet, richtet sich morgen gegen sonstiges nicht akzeptables oder leistungsfähiges Leben.

Gleichzeitig ist man immer stärker einem





technischen Apparat ausgeliefert, sodaß die Menschen kaum mehr in der Lage sind, selber zu entscheiden, was sie wollen und was nicht. Zum Beispiel bei der vorgeburtlichen Diagnose Schwangerer. Immer mehr Frauen vertrauen nur noch der Technologie. Sie fühlen sich nur noch schwanger, wenn auf dem Ultraschallgerät ein Embryo zu sehen ist.

Hinzu kommt der gesamte Bereich der mikrobiologischen Forschung, der Virusforschung, die hauptsächlich unter dem Titel "Tumorforschung" betrieben wird. Daneben werden Kleinstlebewesen manipuliert oder geschaffen, die irgendeinen Nutzen bringen sollen, letztlich aber eine Gefährdung darstellen. Man kann damit Natur vernichten, Menschen vernichten oder neue Bedingungen schaffen. Das hört sich zwar noch wie eine Zukunftsvision an, doch der Weg, sich für solche Eingriffe Zugang zu verschaffen, ist eingeschlagen. Unsere Bemühungen gehen dahin, dies gar nicht erst zuzulassen. Obwohl es vielleicht heute schon möglich ist...

Wo werden die Gefahren dieser Technologie heute schon sichtbar?

Zum Beispiel bei der Insulin-Produktion. Sie steht in der Bundesrepublik kurz vor der Marktreife. Ausländische Konzerne bieten künstliches Insulin schon an – deshalb, so heißt es, muß dieser Stoff aus Gründen des internationalen Wettbewerbs auch in der BRD hergestellt werden. Ein anderes Hormon ist das Rinderwachstumshormon, das zur Förderung der Milchproduktion eingesetzt werden soll. In Kiel und Braunschweig gibt es dafür schon zwei Versuchsanstalten. Die Milch der dort hormonbehandelten Rinder ist auch schon im Handel, sodaß keiner weiß, ob er nicht auch Wachstumshormone zu sich nimmt, wenn er Milch trinkt. Selbst wenn die Betreiber behaupten, dies wäre ein rasch zerfallender Stoff. Dazu muß man wissen, daß bei der Herstellung von Insulin oder einem Wachstumshormon Bakterien fremdbestimmt werden müssen. D.h. es wird eine bestimmte Information in die Bakterie eingeschleust und diese produziert dann endlos Insulin oder ein Wachstumshormon. Das Problem ist jetzt, daß die ganzen Folgen, die diese manipulierten Bakterien mit sich bringen, nicht geklärt sind. So zum Beispiel die Entsorgung, denn die eingeschleusten Informationen müssen wieder aus den Bakterien raus, die Bakterien müssen vernichtet werden. Bislang wurden die Bakterien lediglich erhitzt und über den normalen Abfall entsorgt oder, wie bei Hoechst, ins Abwasser geleitet. Die Betreiber behaupten, die Erhitzung der Bakterien reiche aus, zumal diese Bakterien so gängig seien, daß sich der menschliche Körper dagegen zur Wehr setzen könne. Gleichzeitig treten aber immer häufiger Immunschwächen auf, was die Frage aufdrängt, welche Wechselwirkungen mit der Natur durch die Genmanipulation auftreten können.

Die Betreiberfirmen und die Forscher gehen davon aus, daß sie diese vollkommen neuen Eingriffe in ökologische Systeme berechnen und kontrollieren können. Es ist der Versuch, unterhalb einer Katastrophe zu bleiben. Wir gehen davon aus, daß diese ganzen Eventualitäten nicht zu erfassen sind, deshalb lehnen wir es auch ab, sich auf Kontrollen zu verlassen. Die Folgen eines Eingriffs in die bestehenden ökologischen Systeme, die jetzt schon stark irritiert sind, werden weitere Irritationen sein, die weder zu planen noch zu kontrollieren sind.

Wir gehen davon aus, daß die bekannt gewordenen gentechnischen Versuche nur ein Bruchteil dessen sind, was wirklich gemacht wird. Die Forscher sind nun mal in der Lage, manipulierte Bakterien herzustellen, deshalb werden sie auch ihre Versuche damit machen. Ob das nun im Institutsgarten, im Labor, mit Menschen oder auf Feldern geschieht, ist ziemlich egal. Diese Bakterien sind auf jeden Fall vorhanden und können so auch ihre Wechselwirkung mit anderen Lebewesen entfalten.

Dann: Veränderung von Pflanzen. Dieser Bereich ist vor allem für die Nahrungsmittelproduktion wichtig. Es kommt jetzt zum Beispiel eine Pflanze auf den Markt, die gegen ein Vital-Herbizid resistent ist. Diese Pflanzen können mit Herbiziden besprüht werden, ohne darunter zu leiden, und das Grundwasser wird noch mehr verseucht, als es schon ist. Die Pflanzen sind dabei nur gegen Herbizide einzelner Firmen, wie Bayer oder Monsanto, resistent. Daher kaufen die Chemiekonzerne Saatgutfirmen auf und bieten dann ein Paket an: die resistenten Pflanzen mit dem entsprechenden Herbizid. Das kommt demnächst zur Anwendung. Man arbeitet an dem Orangensaft aus der Retorte. Eine Frucht wird nicht mehr nötig sein, weil der Saft aus Orangenzellkulturen im Labor gewonnen wird. Das gleiche geschieht mit Zucker. "Coca Cola Light" wird schon mit einem künstlichen Zucker, Aspatan, gesüßt, der gentechnologisch hergestellt ist. Die künstliche Produktion von Vanille und Kakao ist auch im Werden. Die Auswirkungen werden hierbei vorallem die Dritte Welt Länder spüren. Sie bleiben dann auf ihren wichtigsten Exportartikeln sitzen.

In der Werbung für Humangenetik spielt die Familienplanung eine wichtige Rolle: Endlich könnten auch bislang unfruchtbare Frauen Kinder gebären. Außerdem lasse sich die Überbevölkerung der Dritten Welt beherrschen.

Wir sehen das nicht ganz so. Die invitro Befruchtung, die Kunstbefruchtung, ist nicht nur für hier entwickelt worden. In der Dritten Welt wird vermutlich noch viel mehr damit versucht werden können, weil das Bewußtsein der Frauen dort nicht so hoch ist. Umgekehrt wird auch hier versucht, bestimmte Menschen am Vermehren zu hindern. Sonst bräuchten wir kein neues Sterilisationsgesetz. Es gibt auch bei uns beide Seiten. Einmal wird versucht, mit sozialen Maßnahmen bestimmte Bevölkerungsgruppen am Vermehren zu hindern, zum anderen werden mit Hilfe der Technik Frauen in einem höheren Alter, z.B. nach einer akademischen Laufbahn, dazu angeregt, trotz ihres Alters noch schwanger zu werden. Die Technik soll ihnen das Gefühl einer sicheren und kontrollierten Schwangerschaft geben. Wenn gesagt wird, die Anwendung der Kunstbefruchtung hier würde sterilen Frauen zu einem Kind verhelfen, so ist das nur eine Propagandastrategie der Humangenetiker und der Besamungsärzte. Diese Ärzte haben sich noch nie um das Wohl der Frauen gekümmert. Der Zugriff auf das Ei und die Samenzelle bietet eher die Möglichkeit einer Qualitätskontrolle, um die als wertvoll befundenen Eier oder Samenzellen für eine "positive Menschenzucht" zu benutzen. Auch in der Arbeitswelt findet diese Technik Anwendung: Z.B. WAA-ArbeiterInnen können ihre Samen oder Eier einfrieren lassen, sodaß sie weiterhin auf hochbelasteten Arbeitsplätzen arbeiten können und trotzdem die Chance haben, gesunde Kinder zur Welt zu bringen. Das Interesse der Forscher ist nicht die Hilfe für irgendwelche Menschen, sondern die perfekte Handhabe der Technologie.

Die Humangenetiker argumentieren damit, daß diese neuen Technologien dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen entgegen kommen.

Es ist ihnen gelungen, Verwirrung zu stiften. Die Humangenetik führt nicht zu Selbstbestimmung, sondern weitet nur die Warenverhältnisse auf Frauenkörper aus. Es bleibt die Wahl, das Embryo zu verkaufen, vielleicht bleibt diese Wahl aber auch nicht, weil die Betreffende Geld braucht.

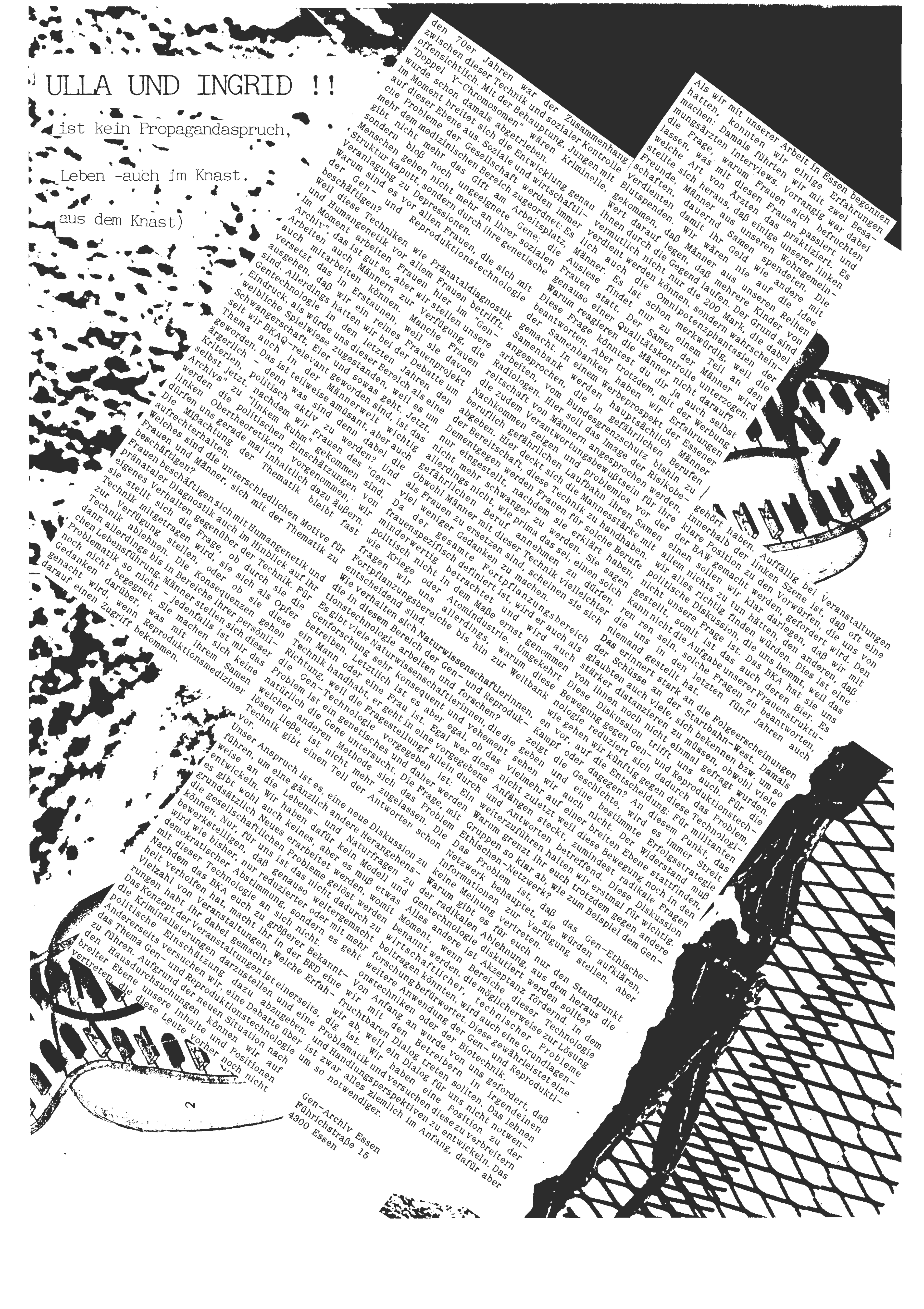
Was wird dann aber aus der feministischen Parole "Mein Bauch gehört mir"?

Die Forderung war immer falsch, wenn ihre Konsequenz heißt, es sei das Recht der Frau, ihre Eier oder ihren Uterus zu verkaufen. Dazu paßt die Diskussion um den Rechsstatus des Embryo im Bauch einer Frau. Beabsichtigt ist die Trennung zwischen Frau und Embryo, und mit einem eigenen Rechtsstatus hat dann das Embryo ein Recht auf eigenes Leben, ein Recht verkauft zu werden oder ein Recht auf "Gesundheit". Diese Trennung darf es unserer Meinung nach nicht geben.

Diese Debatte ist schwierig und wird auch innerhalb der Frauenbewegung geführt. Vor allem, weil die Ärzteschaft ihren Zugriff auf das Embryo und seine Vernutzung damit verteidigen, daß eine Gesellschaft, die den Abbruch nach §218 legitimiert, auch nicht gegen die Verwertung des Embryos sein dürfe. Daher ist es auch entscheidend, ob ein Abbruch als Kompromiss mit dieser Gesellschaft begriffen wird, auf Grund einer gesellschaftlichen Situation, oder wegen des Alters, oder als ein verbrieftes Recht. Ein Abbruch als Kompromiss mit der Gesellschaft ist dann etwas anderes als der gezielte Zugriff auf Embryonen und Eizellen aus einemForschungs- und Profitinteresse. Unsere Forderung ist auch die Abschaffung des §218, um die Problematik aus dem rechtlichen Raum herauszunehmen, anstatt wie Alice Schwarzer gegen ein Recht zu klagen, um ein neues zu bekommen.

Wie würdet ihr die Gen- und Reproduktionstechnologie im Rahmen der momentanen politischen Entwicklung in der BRD einordnen?

An unserer Geschichte läßt sich das gut festmachen. Ein Teil von uns hat sich früher mehr in der §218-Bewegung zu Hause gefühlt und ein anderer Teil kommt aus einer Technologiedebatte und Technologiekritik. Den Anfang machte die Diskussion um den Heroldschen "Sonnenstaat", das ging weiter über neue Datenerfassungssysteme der Polizei, die Verhaltenskonditionierungsprogramme in Gefängnissen, Schulen und Universitäten, die psychochirurgischen Maßnahmen bis hin zu einer der perfidesten und letztlich technisch entwickelsten Formen der Kontrolle über Menschen, die Kontrolle der Gene. Schon in



ULLA UND INGRID !!

ist kein Propagandaspruch,

Leben -auch im Knast.

aus dem Knast)

den 70er Jahren war der Zusammenhang zwischen dieser Technik und sozialer Kontrolle offensichtlich. Mit der Behauptung, Jungen mit "Doppel Y-Chromosomen" wären Kriminelle, wurde schon damals abgetrieben.
Im Moment breitet sich die Entwicklung genau auf dieser Ebene aus. Soziale und wirtschaftliche Probleme der Gesellschaft werden immer mehr dem medizinischen Bereich zugeordnet: Es gibt nicht mehr das Gift am Arbeitsplatz, sondern bloß noch ungeeignete Gene; die Menschen gehen nicht mehr an ihrer sozialen Struktur kaputt, sondern durch ihre genetische Veranlagung zu Depressionen.

Warum sind es vor allen Frauen, die sich mit der Gen- und Reproduktionstechnologie beschäftigen?

Weil diese Techniken wie Pränataldiagnostik und Humangenetik vor allem Frauen betrifft. Im Moment arbeiten Frauen hier im "Gen-Archiv", das ist gut so, aber wir stellen unsere Arbeiten auch Männern zur Verfügung, die auch mitarbeiten können. Manche Frauen versetzt das in Erstaunen, weil sie davon ausgehen, daß wir ein reines Frauenprojekt sind. Allerdings hatten wir bei der Debatte um Gentechnologie in den letzten Jahren den Eindruck, als würde uns dieser Bereich als eine weibliche Spielwiese zugestanden, weil es um Schwangerschaft, Eier und sowas geht. Jetzt, seit wir BKAQ-relevant geworden sind, ist das Thema auch in der Männerwelt wichtig geworden. Das ist teilweise amüsant, aber auch ärgerlich - denn was sind denn dabei die Kriterien, politisch aktiv zu werden? Und selbst jetzt, nachdem wir Frauen des "Gen-Archivs" zu "linkem Ruhm" gekommen sind, werden die politischen Einschätzungen von linken Obertheoretikern vorgenommen, wir dürfen uns gerade mal inhaltlich dazu äußern. Die Mißachtung der Thematik bleibt fast aufrechterhalten.

Welches sind die unterschiedlichen Motive für Frauen und Männer, sich mit der Thematik zu beschäftigen?

Frauen beschäftigen sich mit Humangenetik und pränataler Diagnostik auch im Hinblick auf ihr eigenes Verhalten gegenüber der Technik. Für sie stellt sich die Frage, ob durch sie die Technik mitgetragen wird, sie sich als Opfer zur Verfügung stellen, oder ob sie diese Technik ablehnen. Die Konsequenzen gehen dann allerdings bis in Bereiche ihrer persönlichen Lebensführung. Männer stellen sich dieser Problematik so nicht - jedenfalls ist mir das noch nicht begegnet. Sie machen sich keine Gedanken darüber, was mit ihrem Samen genacht wird, wenn Reproduktionsmediziner darauf einen Zugriff bekommen.

Als wir mit unserer Arbeit in Essen begonnen hatten, konnten wir einige Erfahrungen machen: Damals führten wir mit zwei Besamungsärzten Interviews. Vorrangig war dabei die Frage, warum Frauen sich befruchten lassen, was mit diesen Frauen passiert und welche Art von Ärzten das praktiziert. Es stellte sich heraus, daß einige unserer linken Freunde, Männer aus unseren Wohngemeinschaften, dauernd Samen spendeten. Die Verdienten damit ihr Geld wie andere mit Blutspenden. Wir wären nie auf die Idee gekommen, daß Männer aus unseren Reihen Wert darauf legen, daß mehrere Kinder von ihnen durch die Gegend laufen. Der Grund sind vermutlich nicht nur die 200 Mark, die dabei verdient werden können, sondern wahrscheinlich auch die Omnipotenzphantasien der Männer. Es ist schon merkwürdig, weil die Auslese findet nur zu einem Teil an den Frauen statt. Der Samen der Männer wird genauso einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Warum reagieren die Männer nicht darauf?

Diese Frage könntest du dir ja auch selbst beantworten. Aber trotzdem, mit der Werbung der Samenbanken haben wir Erfahrungen gemacht. In einem Werbeprospekt der Essener Samenbank werden hauptsächlich Männer angesprochen, die in gefährlichen Berufen arbeiten, vom Bundesgrenzschutz bishin zu Radiologen. Hier soll das Image der Risikobereitschaft von Männern angesprochen werden, die zudem Verantwortungsbewußtsein für ihre Nachkommen zeigen und problemlos vor der beruflich gefährlichen Laufbahn ihren Samen abgeben. Hier deckt sich die Mannesstärke mit der Bereitschaft, diese Technik zu handhaben. Dementgegen werden Frauen für solche Berufe nur eingestellt, nachdem sie erklärt haben, nicht mehr schwanger zu werden. Sie sagen allerdings nicht, wie prima das sei, einen solch gefährlichen Beruf annehmen zu dürfen. Obwohl Männer mit dieser Technik vielleichter als Frauen zu ersetzen sind, scheinen sie sich viel weniger Gedanken zu machen.
Da der gesamte Fortpflanzungsbereich frauenspezifisch definiert ist, wird er auch als minderwertig betrachtet und wird auch politisch nicht in dem Maße ernst genommen wie Kriege oder Atomindustrie. Umgekehrt fragen wir uns allerdings, warum diese Fortpflanzungsbereiche bis hin zur Weltbank entscheidend sind.

Wie verhalten sich Naturwissenschaftlerinnen, die in diesem Bereich der Gen- und Reproduktionstechnologie arbeiten und forschen?

Es gibt viele Naturwissenschaftlerinnen, die die Genforschung sehr konsequent und vehement betreiben. Letztlich ist es aber egal, ob das ein Mann oder eine Frau ist. Egal wer diese Technik handhabt, er geht in eine vorgegebene Richtung, weil die Fragestellungf allein durch die Gen-Technologie vorgegeben ist: Ein Problem ist ein genetisches und daher werden natürlich die Gene untersucht. Die Frage, mit welcher anderen Methode sich das Problem lösen ließe, ist nicht mehr zugelassen. Die Technik gibt einen Teil der Antworten schon vor.
Unser Anspruch ist es, eine neue Diskussion zu führen, um eine gänzlich andere Herangehensweise an die Lebens- und Naturfragen zu entwickeln. Wir haben dafür kein Modell und es gibt wohl auch keines, aber es muß etwas grundsätzlich Neues erarbeitet werden, womit die gesellschaftlichen Probleme gelöst werden können. Nur, für uns ist das nicht dadurch zu bewerkstelligen, daß genauso weitergemacht wird wie bisher, nur reduzierter oder mit mehr demokratischer Abstimmung, sondern es geht mit dieser Technologie an sich nicht.

Nachdem das BKA euch zu größerer Bekanntheit verholfen hat, macht ihr in der BRD eine Vielzahl von Veranstaltungen. Welche Erfahrungen habt ihr dabei gemacht?

Das Konzept der Veranstaltungen ist einerseits, die Kriminalisierungen darzustellen und eine politische Einschätzung dazu abzugeben. Andererseits versuchen wir, eine Debatte über das Thema Gen- und Reproduktionstechnologie zu führen. Aufgrund der neuen Situation nach den Hausdurchsuchungen können wir auf breiter Ebene unsere Inhalte und Positionen vertreten, die diese Leute vorher noch nicht gehört haben. Auffällig bei Veranstaltungen innerhalb der linken Szene ist, daß oft eine klare Position zu den Vorwürfen, die uns von der BAW gemacht werden, gefordert wird. Den einen sollen wir klar darlegen, daß wir mit allem nichts zu tun hätten, den anderen, daß wir alles richtig finden würden. Dies ist eine politische Diskussion, die uns hemmt, weil das nicht unsere Frage ist. Das BKA hat sie uns gestellt, somit ist das auch deren Bier. Es kann nicht die Aufgabe unserer Frauenstrukturen ren sein, solche Fragen zu beantworten, die uns in den letzten fünf Jahren auch niemand gestellt hat. **Das** erinnert stark an die Folgeerscheinungen der Schüsse an der Startbahn-West. Damals glaubten auch viele, sich bekennen bzw. um so stärker distanzieren zu müssen, obwohl viele von ihnen noch nicht einmal gefragt wurden. Diese Diskussion trifft uns auch. Für die Bewegung gegen Gen- und Reproduktionstechnologie reduziert sich dadurch das Problem, wie gehen wir künftig gegen diese Technologien vor, auf die Entscheidung: Für militanten Kampf oder dagegen? An diesem Punkt, das zeigt die Geschichte, wird es immer Streit geben und eine bestimmte Erfolgsstrategie sehen wir auch nicht. Der Widerstand muß vielmehr auf einer breiten Ebene stattfinden, nicht zuletzt weil diese Bewegung noch in den Anfängen steckt, zumindest radikale Fragen und Antworten betreffend. Diese Diskussion halten wir erstmal für wichtig.

Warum grenzt ihr euch trotzdem gegen andere Gruppen so klar ab, wie zum Beispiel dem Gen-Ethischen-Netzwerk?

Das Problem ist, daß das Gen-Ethische-Netzwerk behauptet, sie würden aufklären, Informationen zur Verfügung stellen, aber keine Meinung vertreten.

Warum gibt es für euch nur den Standpunkt der radikalen Ablehnung, aus dem heraus die Gentechnologie diskutiert werden sollte?

Alles andere ist Akzeptanz fördernd. In dem Moment, wenn Bereiche dieser Technologie benannt werden, die möglicherweise zur Lösung wirtschaftlicher, technischer Probleme beitragen könnten, wird auch eine Grundlagenforschung befürwortet. Diese gewährleistet eine weitere Anwendung der Gen- und Reproduktionstechniken oder der Biotechnik.
Von Anfang an wurde von uns gefordert, daß wir mit den Betreibern in irgendeinen fruchtbaren Dialog treten sollten. Das lehnen wir ab, weil ein Dialog für uns nicht notwendig ist. Wir haben eine Position zu der Problematik und versuchen diese zu verbreitern und Handlungsperspektiven zu entwickeln. Das ist zwar alles ziemlich im Anfang, dafür aber um so notwendiger.

Gen-Archiv Essen
Führichstraße 15
4300 Essen

Haurein ist Tango

Für uns ist ein Punkt gekommen, wo wir so nicht weitermachen wollen. Wir hatten in den letzten Jahren oft genug das Vergnügen, bestimmte Fehler immer wieder wiederholt zu haben, ohne aus ihnen gemeinsam zu lernen. Im Gegenteil: Wir machen unsere Fehler zum Markenzeichen autonomer Politik, vom großmäuligen, breitbeinigen Auftreten bis hin zur gänzlichen Selbstüberschätzung autonomen Vorgehens, nach dem Motto: Hau rein ist Tango.

Für die von uns, die die geplanten Projekte in diesem und im kommenden Jahr (Volkszählung, IWF,etc.) wie Fahnenstangen für den autonomen Slalom umkurven werden, wird sich nicht viel ändern. Für uns dagegen zählt ersteinmal weniger der Blick auf den Feind, als der Blick um uns herum, der Versuch, genauer klarzukriegen, was sich unter uns tatsächlich verändert hat. Ist es uns gelungen, autonome Strukturen zu verändern, d.h. vor allem zu entwickeln? Gelang es uns in den letzten Jahren, militante Politik nicht nur an den Mitteln, sondern an unseren Inhalten festzumachen? Gibt es Ansätze, die die gängige Praxis militanter Feuerwehrpolitik durch eine kontinuierliche Praxis sozialer Gegenmacht überflüssig macht? Können wir ernsthaft sagen, unsere politischen Strukturen sind anders geworden? Oder wiederholen wir im Kleinen das, was wir im Großen so radikal ablehnen? Haben sich tatsächlich die Strukturen unter uns Typen, der von Fightern und Schießern, von "Bring erst mal was" und"Was willst denn Du" Haltungen wirklich verändert? Ist unser Verhältnis zu Frauen genauso wichtig wie Wackersdorf oder erst dann, wenn wir als Kämpfer aus der Schlacht zurückkehren? Haben wir nicht nur am Bauzaun, sondern auch an unseren Alltagsstrukturen gerüttelt? Ist es nicht so, daß die Trennung von Politik und Alltag in dem Maße größer geworden ist, wie unser Alltag mehr und mehr von Kohleproblemen, Lohnarbeit, Freizeit, sprich "Abhängen" bestimmt wurde? Ist es nicht so, das gerade das, was unseren Lebensvorstellungen und Utopien den Boden unter den Füßen wegzieht, immer mehr zur individuellen Kiste jeder/s Einzelnen wird? Das Schlimme an diesen Fragen ist wahrscheinlich garnicht das Ketzerische, sondern die Tatsache, daß all das uns schon längst nicht mehr provoziert. Wie oft sind diese Fragen so oder ähnlich gestellt worden, wie oft haben wir Konsequenzen gefordert, ohne sie zu ziehen, wie oft sind unter uns Worte gefallen, wie Schnee von gestern: Kontinuität, Strukturen aufbauen, kollektive Lebensformen, solidarischer Umgang, militanter Alltag.....

(Auszug aus einem Flugblatt aus Frankfurt zum Stand der autonomen Bewegung)



ZUR DEMO 29.2.

Die Demo vom 29.2 hat bei uns ähnliche Fragen hinterlassen, die wir hier in Form eines Artikels zur Diskussion stellen möchten. Wir wählen diese Form der Auseinandersetzung, da wir uns aus mehreren Gründen nicht in die verbale Diskussion einbringen konnten.
Ein Grund sind sicherlich die vorhandenen Strukturen in der "Szene", ein Anderer unsere Unfähigkeit gegen gerade diese Strukturen anzugehen. Ein weiterer Grund ist das Unbehagen welches uns befällt, wenn wir gerade in solchen Diskussionen (wie die Demovorbereitung) dieselben Machtstrukturen und Abhänigkeiten feststellen, die wir eigentlich ablehnen und bekämpfen wollen.

Zur Vorbereitung:

Während der ganzen Vorbereitungstreffen war es bezeichnend wie uneinsichtig und dogmatisch die beiden "Parts" gegeneinander diskutierten. Auf der einen Seite standen Menschen mit der politischen Forderung anstehende Vorkontrollen und Vermummung zu thematisieren und in das Konzept der Demo mit einzubeziehen
Die andere Seite lehnte dies strikt ab, da sie befürchtete, damit eine breite und große Demo unmöglich zu machen, weil viele Menschen schon im Vorfeld abgeschreckt werden würden.
Die Auseinandersetzung wurde letztendlich auf diesen Punkt reduziert und führte zur Spaltung des Bündnis. Es war sicherlich richtig, die Problematik angesichts der letzten Demos (Anti-Gentechnologie-Demo mußte aufgelöst werden, da die Polizei die Entmummung forderte) auf den Tisch zu bringen. Jedoch wurde das eigentliche Ziel (Unterstützng der revolutionären Widerstandsbewegungen in Mittelamerika) der Demo völlig aus den Augen verloren.
Die Kompromißlosigkeit beider Seiten führte zum Ausstieg etlicher Bündnisgruppen. Die Verbliebenen einigten sich auf ein Demokonzept, das Vorkontrollen nicht zulassen wollte, die Entmummung verhindern sollte, und ein Spalier nicht akzeptieren wollte. Der Verlauf des Abends zeite, daß unter diesen Voraussetzungen(ca.3000 Bullen im Viertel) ein solches Konzept nicht durchzusetzen war.

ZUM DEMOVERLAUF:

EA-Bericht:

Formation der Demo kam nicht zustande. Knüppeleinsatz am Paulinenplatz. Hetzjagden und Festnahmen im Bereich Paulinenplatz (Gilbertstraße). Lautsprecherwagen bereits in der Bernstoffstraße vor 17 Uhr kontrolliert worden. Mehrere Gegenstände beschlagnahmt. Wegen Knüppeleinsatz kamen Demoteile Neuer Pferdemarkt/Paulinenplatz und Wohlwill straße nicht zusammen. Im weiteren Verlauf wurde mehrfach versucht eine Demo zu formieren. Sammlung Buderpester Straße und Versuch über die Feldstraße die Route zu gehen. Durch Sperren am weitergehen gehindert. Die Möglichkeit über Sternschanze/ Schlump zu gehen, wurde von ca. 200 Leuten wahrgenommen. Im Bereich Sedanstraße wurde die Demo durch starke Bullizeipräsents beendet.

ZUR EINKESSELUNG UND FESTNAHMEN HINTERHOF GILBERSTRAßE

Leute wurden in den Hinterhof gedrängt, niedergeworfen, gefesselt und fotografiert. Dabei: Es wure beobachtet, wie bei zwei gefesselten Frauen Fotos gestellt wurden; durch einmal beigelegten Stein und einmal beigelegten Knüppel durch die Bullizei. Den ganzen Abend gab die Bullizei falsche Namen an die Rechtsanwälte sowie falsche Angaben über den Verbleib von Festgenommenen und ließ diese lange Zeit nicht telefonieren

SANITÄTER

9 schwer-, 8 mittelschwer-,3 leichtverletzte, 5 Männer, 15 Frauen

Zu den Verletzungen:
Handgelenkprellungen, gesichtsplatzwunden, Lippenplatzwunde, Bein zertrümmert, Kopfplatzwunden, Unterarmprellung, offener Fingerbruch, schwere Gehirnerschütterung, schwere Prellungen am Bein, Schuldterprellung, Tritt in Brustkorb, Augenspülung. Auffällig viele Gesichtsverletzugen.)
9 Verletzte mußten im Krankenhaus behandelt werden.
Festnahmen: Insgesamt 30 Männer und 24 Frauen.
ED-Behandlungen: insgesamt 5
Vorwürfe:
Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Landfriedensbruch, Vermummung u.a. Halstücher, Schutzhaft nach dem SOG, Körperverletzung, Verstoß gegen das Fernmeldegesetz , Hausdurchsuchung beim Taxifahrer, Sachbeschädigung.







Haurein ist Tango

Der Teil am Paulinenplatz versuchte Richtung Pferdemarkt durchzubrechen. Doch wohin und warum? Wollte Mensch auf dem Pferdemarkt gelangen, wo 6 Wasserwerfer und hunderte weißbehelmte Polizisten standen? Oder wollte Mensch hier und jetzt die Machtfrage stellen? Für uns war dieses Verhalten nicht ganz verständlich, zumal es hinterher die Einschätzung gab, daß bei einem entschlossenen Vorgehen aller Anwesenden ein Durchbruch möglich gewesen wäre.
Putz und Bullenpogo mit Militanz gleichzusetzen heißt bürgerliche Vorstellungen von Radikalität mit Leben zu füllen.(-- Auszug aus einem Flgblatt aus Frankfurt zum Stand der autonomen Bewegung)
Unserer Meinung nach haben wir noch nicht die Möglichkeit mit militärischer Stärke politische Ziele durchzusetzen. Das Fiasko war perfekt. Die Bullentaktik ein Erfolg.

Es ist notwendig eine Diskussion über die politischen Ziele und Inhalte der autonomen Gruppen zu führen. Die patriachalen und hierarischen Strukturen, sowie fehlende Flexiblität und Persepktiven müssen problematisiert und neu überdacht werden. Wir müssen wieder ein Bündnis zustande bekommen, in dem alle Beteiligten ihre politischen Ziele und Vorstellungen einbringen und wiederfinden können.

Epilog:

Wir müssen weg vom Mythos der Straßenmilitanz und dem militärischen Denken, das einige Leute im Kopf haben.
Gerade in den Hochburgen der Autonomen ist es in den letzten Jahren zu einer Arbeitsteilung zwischen Autonomen und Grünen gekommen. Wir machen den Putz und die Grünen vermitteln es politisch. Solange die Militanten selbst nicht in der Lage sind, diese Arbeitsteilung zu durchbrechen, hat Stoltenberg den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er sagt, daß die Militanten der bewaffnete Arm der Grünen sind.
(Karlsruher Stadtzeitung Nr.39/1986)

UND NOCH EINMAL DIE DEMO VOM 29.2 ...

Offener Brief von Reimers,Dirk seines Zeichens Polizeipräsident von Hamburg an das "Bündnis gegen den EG-Gipfel"

Betr.: Die Demonstration vom 29.2.88

Sehr geehrte Damen und Herren,
Der Ablauf der von ihnen angemeldeten Demonstration veranlaßt mich ,Ihnen zu schreiben Ich Bedauere es sehr,daß es dabei zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen ist mit erheblichen Sachbeschädigungen und zahlreichen Verletzungen bei Polizeibeamten -aber auch bei Demonstranten.
Sie haben die polizeilichen Vorkontrollen zum Anlaß genommen,Ihre Demonstration noch am Antreteplatz füt beendet zu erklären. Die Gal-Bürgerschaftsabgeordnete Anja Kuhr hat in diesem Zusammenhang die Vorkontrollen als einen "ungeheuerlichen Angriff auf das Demonstrationsrecht" bezeichnet.Die gal vertrat die Meinung,"daß die Innenbehörde und Polizeispitze Hamburg innerhalb von 6 Wochen zum demonstrationsfreien Raum gemacht haben."(taz)
Ich habe mich bemüht,mich in diese und ähnliche(taz,HR,Konkret u.a.)Argumentationsansätze hineinzudenken.In der Tat kann ich verstehen,Daß eine Vorkontrolle als persöhnliche Beeinträchtigung erlebt werden kann(...erlebt wird "lieber" Dirk,oder hättest du Lust dich von irgenwelchen "Chaoten" abgrabbeln zu lassen?..der säzzer) und sich die Polizei immer dem Verdacht aussetzt,sie wolle einen Keil zwischen die Demonstranten treiben und bestimmte Teile des Protestspektrums ausgrenzen,die Teilnehmer kriminalisieren oder von der Teilnahme abschrecken (ich weiß,das hattet ihr nie vor,großes Indianerehrenwort,gelle) Dies ist nicht unsere Absicht(das war unterstrichen...der säzzer).
Lassen sie mich versuchen,die Gründe des polizeilichen Vorgehens zu erläutern.In Hamburg finden jährlich im Durchschnitt 700 Versammlungen und Aufzüge statt.Nur eine kleine Zahl davon - etwa 2% -führt auf der Grundlage von Erkenntnissem und gruppenspezifischen Erfahrungen der Polizei zu Befürchtungen hinsichtlich eines unfriedlichen Verlaufs und entsprechenden polizeilichen Vorbereitungen(das ist meistens wenn die von Auswärts kommen.Die Berliner Bolizisten z.b....die aus Unna sind aber auch nicht ganz ohne...der säzzer).In den ersten beiden Monaten des Jahres 1988 gab es insgesammt 105 angemeldete und unangemeldete Versammlungen und Aufzüge mit teilweise bis zu 6000 Teilnehmern.Damit ist die Zahl solcher Veranstaltungen um rund 67% übertroffen worden.Von Versammlungsfeindlichkeit oder gar demonstationsfreiem Raum kann demnach keine Rede sein.

Dennoch möchte ich die Vorkontrollen als Einsatztaktik der Polizei gerne erläutern. Um eine friedlichen Demonstrationsablauf zu gewährleisten,stehen der Polizei nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung(Dirk, Dirk, jetzt stellt ihr euch aber unter euren Scheffel...der säzzer).Alle weisem Vor- und Nachteile auf.Die Einsatztaktik der Hamburger Polizei war bisher überwiegend durch reaktives Verhalten gekennzeichnet,d.h bei Ausübung von Gewalt schritt die Polizei ein.Dies hat sich nur begrenzt als wirksam erwiesen.Abgesehen von den häufigen,massiven Sachschäden gab es durchweg viele verletzte Demonstranten und Polizeibeamte.Nach einer Analyse der problematischen Demonstrationen der Vergangenheit gibt es für mich keinen Zweifel:(Die Polizei muß weg....der säzzer) es hat in Hamburg kaum eine Demonstration mit dem "revolutionären Block "gegeben ,die ohne mehr oder weniger massive Straftaten zuende ging.Auf diese bisher manifestierte Gewaltbereitschaft des"revolutionären Blocks" und seiner potentiellen Sympatisanten muß sich die Polizei pflichtgemäß einstellen,wobei die politischen Inhalte der jeweiligen Demonstration völlig ausser Acht bleiben.
Orientierigungspunkt alller Maßnahmen ist ausschließlich die Reduzierung des Risikos eines gewalttätigen Verlaufs.Auf diese Weise sollen alle Mittel ausgeschöpft werden um auf ein sonst unausweichlkiches Verbot einer Demonstration verzichten zu können. (..........)Die verfassungsrechtliche gebotene Zurückhaltung der Polizei läßt sich bei nüchterner Betrachtung mit mit einer ganzen Reihe Beispiele belegen.Insbesondere hat die Polizei versucht,die Friedlichkeit von Demonstrationen durch besonders devensives Verhalten zu ermöglichen.Diese Versuche waren bedauerlicherweise nicht sehr erfolgreich und wurden auch weder vom Veranstalter noch in den alternativen Medien positiv gewürdigt.(.......)Bei allem Verständniss für die Besondere Sensibilität vieler Demonstrationsteilnehmer angesichts der gelegentlich massiven Präsenz von Polizei konnte hier(Dirk meint hier die Demo vom 31.10.87,Hafenstraße)hier zur Begründung weder das Argument der"Provokation" noch das der "spontanen Wut"überzeugen(......)
Auch eine weiterer Fall spricht nicht gerade für die These von der generell durch die Polzei provozierte Gewalt.Am sogenannten "Tag X"(17.10.86)haben Millitante die extrem devensive Einsatztaktik der Polizei als Einladung für gewalttätige Aktionen mißbraucht(Spritzenplatz).Damals wurde die Polizeiführung von Gal und taz sogar noch wegen ihrer defensiven Taktik an den Pranger gestellt.Die offensichtliche Zurückhaltung sei wohl ein "Beitrag zum Wahlkampf der CDU"mutmaßte die Gal-Altona und Kai von Appen unterstellte die Zielrichtung,daß die Polizei mit einer"gut lancierten Gewaltdebatte"die Anti-Atomkraft-Bewegung neutralisieren wolle."Deshalb wurde die Haspa den Streetfightern-vielleicht mit V-Mann-Unterstützung -zum Fraß vorgeworfen".(taz)
Von diesem Erfahrungshintergrund versuchen wir,eine friedliche Demnstration u.a. durch Vorkontrollen sicherzustellen(.......)
An einer Ausgrenzung oder Demoralisierung der betroffenen und sonstigen Teilnehmern liegt uns nichts.Ich hielte eine völlige Isolierung eines wie auch immer gearteten "Gewaltpotentials" sogar für schädlich.(Hört,hört....der säzzer)
(......) Zum Schluß noch eine persöhnliche Anmerkung:Unabhängig von der Widerrechtlichkeit von Gewaltanwendungen durch Demonstrationsteilnehmern muß ich Ihnen gestehen, daß ich nicht nachvollziehen kann,welchen positiven Beitrag die ritualisierte Gewaltanwendung gegen Symbolobjekte und symbolische Gruppen und Personen der von Ihnen verfolgten politische Ziele leisten kann.
(.......bla,bla)
mit freundlichen Grüßen
Dirk Reimers

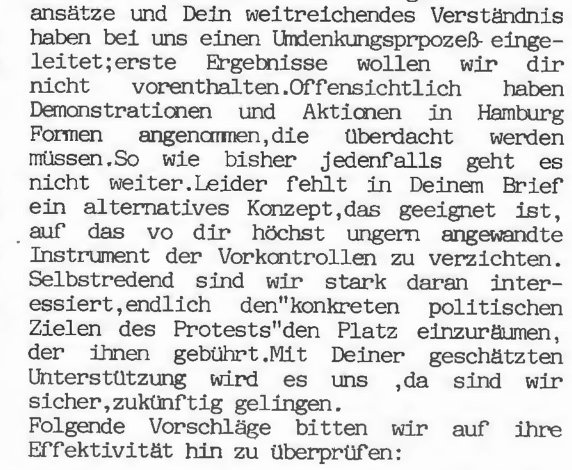
P.S. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung ihrer Kritik und des nicht abgeschloßenen Disskussionsprozesses habe ich dieses Schreiben als offenen Brief verfaßt. Taz und HR erhalten jeweils ein Exemplar des Schreibens.

..... und die Antwort

Betr.: Offener Brief des Polizeipräsidenten zur Demonstration vom 29.2.1988 an das Bündnis gegen den EG-Gipfel

Entgegnung

Lieber Dirk,
für den Brief vom 14.märz,dessen Inhalt leider bester sozialdemokratischer Tradition entspricht,danken wir dir.
Mit Erleichterung stellen wir fest,daß an der Spitze der Hamburger Polizeihierarchie endlich ein Mann steht,der Kooperationsfähig und -bereit ist.


Dein Hineindenken in unsere Argumentationsansätze und Dein weitreichendes Verständnis haben bei uns einen Umdenkungsprpozeß eingeleitet;erste Ergebnisse wollen wir dir nicht vorenthalten.Offensichtlich haben Demonstrationen und Aktionen in Hamburg Formen angenommen,die überdacht werden müssen.So wie bisher jedenfalls geht es nicht weiter.Leider fehlt in Deinem Brief ein alternatives Konzept,das geeignet ist, auf das vo dir höchst ungern angewandte Instrument der Vorkontrollen zu verzichten. Selbstredend sind wir stark daran interessiert,endlich den"konkreten politischen Zielen des Protests"den Platz einzuräumen, der ihnen gebührt.Mit Deiner geschätzten Unterstützung wird es uns ,da sind wir sicher,zukünftig gelingen.
Folgende Vorschläge bitten wir auf ihre Effektivität hin zu überprüfen:

1. Alle Demonstranten verzichten auf das Mitführen von Haßkappen,Helmen,Stiefeln Mützen,Sonnenbrillen,Regenjacken,Schals, und Palästinenser-Tüchern.Falsche Bärte und Perücken werden nur bei Vorlage eines ärztlichen Attestes akzeptiert.
2. Die Aufstellung der TeilnehmerInnen erfolgt in Vierer-Reihen,nach 25 Reihen wird 20 m Abstand gehalten.(Die für die Hanau-Demonstration am 19.03.1988 erlassene Verfügung,nach der jeweils 5 Personen in 50-Reihen-Blocks bei 15 m Abstand sich versammeln sollten, halten wir für ungenügend.Bei vier Personen pro Reihe ist es dem begleitenden Schutzpersonal in Uniform leichter potentielle StörerInnen durch Einsatz des mitgeführten Hartholz-Schutzstabes wieder in die vereinbarte Ordnung zu integrieren.)
3. Bitten wir alle DemonstrantInnen,sich umgehend mit dem maschinenlesbaren Personalausweis auszustatten.Zu Beginn der Veranstaltung werden alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen unproblematisch



und ohne größere zeitliche Verzögerung erfaßt und durchnummeriert.Wer für den politischen Meinungsstreit die Straße beansprucht,sollte bereit sein (soweit das Anliegen ernsthaft ist und die Straße nicht für andere Zwecke instrumentalisiert werden soll)sich als Meinungsträger regestrieren zu lassen.

4. Um den Datenschutz zu sichern,werden alle DemonstantInnen mit Nummern ausgestattet,die erste Reihe mit den Ziffern 1,2,3 und 4 und so weiter.Die Vergabe der Nummernschilder wird am Datenerfassungsgerät geregelt.Dadurch ist gewährleistet,daß lediglich dem Beamten,der die Personalpapiere abgleicht,der Zusammenhang zwischen persöhnlichen Daten und Nummern bekannt ist.Die Vorteile des Verfahrens liegen auf der Hand:erstens erledigt sich der übliche Streit um Zahl der TeilnehmerInnen und zweitens entfällt die mühselige,arbeitsintensive Auswertung der Video-Dokumentation.

5. Ausgehend von der angespannten Haushaltslage der Freien und Hansestadt Hamburg(bedingt durch die Unterstützung des Valo-Philips-Konzerns mit 100 Mill. D-Mark,Senkung der Gewerbesteuer um jährlich 57 Millionen DM und andere Ausgaben,die den Modernisierungsprozeß- zu einem schönen Hamburg-begleiten) sind auch wir bereit,unseren Soplidaritätsbeitrag zu leisten.Jeder Polizeieinsatz bei Demonstrationen verschlingt Haushaltsmittel.Deshalb bekunde4n wir hiermit unsere Bereitschaft,die Veranstaltungen auf der Straße auf das notwendige Maß zu beschränken.Zwei Veranstaltungen pro Jahr scheinen uns vertretbar.Die eine -aus Tradition- am 1.Mai ,für die zweite muß-einvernehmlich-ein Datum gesucht werden. Um Wirtschaft und Verkehr nicht übermäßig zu strapazieren,wie es beispielsweise in der Vergangenheit durch Demonstrationen am verkaufsoffen Samstagen in der Innenstadt der Fall war,findet die zweite Demonstration entweder in den frühen Morgen- oder Abendstunden statt.Mit Rücksicht auf nichtdemonstrierende MitbürgerInnen bieten sich Aufzugsorte wie der Stadtpark,der Sachsen Wald oder wenig bevölkerte Randbezirke an.



6. Wir müssen,um den politische Inhalten mehr Raum als bisher zu geben,umgehend wirkungsvollere Aktionsformen entwickeln. Mit etwas Phantasie Lässt sich die karge Liste unserer Ideen fortsetzen:

FASTEN:Latenter Widerwillen,durch die Privatisierungspläne des Hamburger Senats hier und dort entstanden,findet im Fasten gegen die Privatisierung den adäqatesten Ausdruck
SCHREIBEN:Demonstrationen und andere Großveranstaltungen stehen unter einem globalen Motto,für unterschiedliche Meinungen,graduelle Abweichungen,fehlt der Freiraum.Deswegen zukünftig die Leserbrief-Spalte von Zeitungen wie Bild und Hamburger Abendblatt genutzt.Ein Schritt hin zur angestrebten Meinungsvielfalt.
SINGEN:Die von dir bedauerte Spaltung der Linken in den Vorbereitungen der Demonstration wird vielleicht behoben durch ein gemeinsames Chorsingen(Zu befürchten bleibt allerdings,daß ein Teil auf revolutionäre Texte besteht).
DER RECHTSWEG:Überlegungen ,den Rechtsweg stärker als bisher in Anspruch zu nehmen haben(wir schließlich wieder verworfen. Diese Aktionsform schließt eine Überstrapazierung der Gerichte durch Querulanten nicht aus und wäre dadurch -gesammtgesellschaftlich betrachtet-kontraproduktiv.
KERZE-INS-FENSTER-STELLEN:Einvernehmlich wurde diese Aktivität als "bärenstark"bezeichnet.Auch hier wieder der individuelle Einschlag:Größe und Farbe sowohl Anzahl bleibt den Aktivisten überlassen,sie entscheiden ebenfalls alleine darüber,welchen Text sie verfassen für das kleine Schild (9*12,5 cm)neben der Kerze.

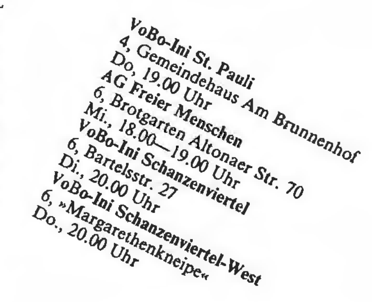
soweit erst einmal unsere Vorschläge,die Unvollkommenheit ist uns bewußt,nichts destototrotz betrachten wir sie als konstruktiven Beitrag zur Debatte um die Demonstrationsfreiheit.Weitergehende Ideen von Dir und anderen sehen wir mit Spannungen entgegen.Jedenfalls sind wir mit unseren Bemühungen um Dialogfähigkeit und Kooperationsbereitschaft einen großen Schritt vorangekommen.

Viele Grüße mit der Dir zustehenden Achtung

##

Fast ein Jahr nach Beginn der Volksaushorchung sollen nunmehr vom Statistischen Landesamt Heranziehungsbescheide per Postzustellungsurkunde (blauer Brief) an die rund 220.000 Boykotteure versandt werden, um deren Widerstandswillen doch noch zu brechen. Das hat der Hamburger Senat beschlossen. Den BoykotteurInnen wird damit gleichzeitig DM 250 Zwangsgeld angedroht, sollten die Bögen innerhalb von Wochenfrist nicht ausgefüllt werden. Weiterhin vermißt werden im Statistischen Landesamt auch die Unterlagen von rund 28.000 Hamburger Betrieben. Mit einer Verweigerungsrate von rund 15 Prozent erweist Hamburg sich damit als Boykotthochburg in der Bundesrepublik. Im Schanzenviertel sind es etwa 40 Prozent.

Bis Mitte März hatten erst wenige BoykotteurInnen "ihren" Heranziehungsbescheid zugestellt bekommen. Offensichtlich hat das Statistische Landesamt einige Mühe, der politischen Vorgabe nachzukommen. Immerhin wurden bereits Bescheide an der Stresemannstraße, in Altona, Ottensen und einigen Randbezirken zugestellt. Wie auch immer, es darf damit gerechnet werden, daß ein großer Teil der BoykotteurInnen in absehbarer Zeit mit DM 250 Zwangsgeld genötigt wird.



Volkszählung 1987 - 88 - 89 aus

Was also tun bei Zwangsgeldandrohung?

Auf jeden Fall nicht die Bögen ausfüllen und etwa in Hektik oder Panik verfallen angesichts einer Zwangsgeldandrohung von DM 250. Gelassenheit bleibt nach wie vor angesagt. Und wer Fragen hat oder Schwierigkeiten befürchtet: zunächst einmal mit Freunden sprechen oder Kontakt aufnehmen zur örtlichen Boykott-Initiative (Adressen siehe unten).

Es bleiben zwei Wege, die bei entsprechend breiter Beteiligung zum Erfolg führen werden. Weg 1 weist uns das Betreten der juristischen Schiene. Hierzu gehört, nach Zustellung des Heranziehungsbescheides dagegen Widerspruch beim Statistischen Landesamt einzulegen. Das muß innerhalb eines Monats nach Zustellung entweder schriftlich (Einschreiben mit Rückschein) oder zur Niederschrift beim Statistischen Landesamt erfolgen. Wichtig: diese Frist läuft auch dann, wenn der Heranziehungsbescheid den BoykotteurInnen zunächst nicht zugestellt werden konnte und beim Postamt niedergelegt wurde (gelbe Abholkarte von der Post unbedingt beachten). Der Widerspruch kann begründet werden, muß aber nicht. Von der Zwangsgeldandrohung und der gesetzlichen Pflicht, die Bögen doch auszufüllen, ist dadurch zunächst aber niemand befreit. Deshalb empfiehlt es sich, im Anschluß daran einen Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 (5) VwGO beim Verwaltungsgericht Hamburg, Max-Brauer-Allee 89, zu stellen, um eine aufschiebende Wirkung zu erzielen. Allein diese Maßnahme bewirkt, daß alle staatlichen Zwangsmaßnahmen bis zur rechtsgültigen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts (Beschwerdeinstanz) ausgesetzt sind. JuristInnen erachten die Erfolgsaussichten als gut. Diese Vorgehensweise ist mit geringen Kosten verbunden. Der Antrag vor dem Verwaltungsgericht kostet DM 50, für eine Beschwerdeinstanz vor dem Oberverwaltungsgericht müßten DM 100 aufgewandt werden.

Soweit die juristische Schiene. Es ist klar- und damit wären wir bei Weg 2 -, daß sich ein guter Teil der BoykotteurInnen auf diesen Dialog mit dem System nicht einlassen wird. Sie werden ganz einfach auch weiterhin überhaupt nicht reagieren - weder mit Widersprüchen noch mit Ausfüllen. Sie müssen dann grundsätzlich mit einem Beitreibungsversuch (heißt wirklich so) des Staates rechnen. Der Beitreiber wird sich jedoch vorher anmelden, was verschiedene Möglichkeiten bietet, ihn dann auch würdig zu begrüßen. Es wird dem Staat jedoch nicht möglich sein, bei Zigtausenden BoykotteurInnen durch Beitreiber DM 250 Zwangsgeld einzufordern. Also: Erfolgsaussichten für den harten Boykott weiterhin rosig.

VoBo-Ini Schanzenviertel





Neu in Hamburg Neu in Hamburg

Spezialitäten aus dem Libanon

orientalische Sitzecke

Salam

mit Biergarten!!!

Die grüne Ecke im Schanzenviertel

Öffnungszeiten von 17°° bis 1°°

Verschiedene Biere vom Faß

Jeden Samstagabend Bauchtanz

2 Hamburg 6 Neuer Pferdemarkt 19 Tel: 432099



'Der Schlachter-Laden'

Fleisch aus kontrol. biolog. Aufzucht
Wurstwaren o. Nitrit- u. Phosphatzusatz

Juliusstraße 2a - 2000 Hamburg 50
Tel. 040/439 94 04

Öffnungszeiten:
Di-Fr: 9-18 Uhr - Sa: 9-13 Uhr - Montag Ruhetag



Mo bis Fr - 16.00-01.00 Uhr
Sa, So - 12.00-01.00 Uhr

autonom/anarchistischer info/buchladen

mo-fr 12-18.00h sa 12-15.00h



tel:040/3195950

schwarzmarkt paulinenstr.15 2hh4

TEE GEWÜRZE KRÄUTER



VASCO DA GAMA
SCHULTERBLATT 98
10-18 UHR · TEL.4300054

Buchhandlung YOL

BUCHHANDLUNG YOL
SCHANZENSTR.5, 2000 Hamburg 6
Tel: 040 / 435474

YOL KİTABEVİ

Barney's Special Müsli

Ein kerniger Genuß
aus der Natur,
bestehend aus versch.
Flocken, Saaten, Nüssen
und Getreiden.

1kg jetzt 7.90 dm



huckepack
040/390 52 53

Fachspedition · Naturwaren · Umzüge

Wir packen's

Funkkolletiv huckepack
Fuhrbetrieb in Selbstverwaltung

Das **foto**

SCHULTERBLATT 84 , 2000 HAMBURG 6

18x27	vom Negativ	1.70
	vom Dia	1.95
10x15	vom Dia	-.69

Hochglanz oder Matt



